

Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-  
einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vor-  
zug nehmen sämtliche Bohlenhalter Bestellungen entgegen. Unter Eisenband  
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
Inglisch: Valuta-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M.  
Abnahme, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die abendliche Ausgabe erscheint über dem Namen kostet 5,- M. einschließlich  
Leistungsgeld. Klein-Ausgabe: Den Lesern des Wort 2,- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Leistungsgeld. Kaufende Angelernt laut Text.  
Familien-Ausgabe und Berlin-Beilage 1,20 M. extra pro Heft. Stellen-Anzeige  
in Wort-Ausgabe: das Lesern des Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,- M.  
Verlagspreis: Zentrum 2030, 2043, 4043, 4053, 4063, 4073, 4083

# FRÖHREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der letzte Tag

Wischen heute und den Wahlen in Preußen noch ein Tag, der letzte Tag des Besinnens, des Ueberlegens, des Erkennens.

Genug ist jetzt geschrieben und geredet worden. Nunmehr sollen die Wähler selbst ihr Urteil abgeben, sollen sie entscheiden, wen sie für würdig erachten, ihre Interessen im Parlament zu vertreten. Insbesondere die Wähler aus den arbeitenden Klassen werden zu zeigen haben, auf welchem Punkte der Entwicklung sie heute stehen.

Das deutsche Proletariat hat einen unsäglichen Leidensweg hinter sich. Vierelhalb Jahre Krieg, zwei Jahre Nachkriegszeit! Millionen von Arbeiterleiden modern auf den Schlachtfeldern Europas, Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitermännern klagen um den Gatten, um den Vater, Hunderttausende von Krüppeln irren als unendlich traurige Zeugnisse des imperialistischen Nordwahnsinns umher. In die Arbeiterklasse ist Erwerbslosigkeit, Unterernährung, körperliche und geistige Verelendung in schrecklichem Umfang eingezogen.

Und kein Ende dieses Leidensweges ist abzusehen, solange der Kapitalismus noch herrscht. Kapitalistische Wirtschaft und proletarisches Elend sind untrennbar miteinander verbunden. Je größer das Meer an Blut und Tränen ist, in das die Arbeiterklasse hineingestossen wird, desto höher steigen die Gewinne des Unternehmertums. Nur die vollkommene Umwälzung der bisherigen Wirtschaftsordnung und der auf ihr aufgebauten Staatsverfassungen, nur die Verwirklichung des Sozialismus kann das Proletariat aus seiner elenden Lage herausführen.

Sollen wir uns aber untätig dieser Entwicklung hingeben und auf den Tag warten, der uns die Befreiung in den Schoß wirft? Sollen wir inzwischen die Verelendung des Proletariats immer größer werden, die Macht der kapitalistischen Klassen immer stärker werden lassen?

Nein, wir wissen, daß wir unter den augenblicklichen Verhältnissen zwar keine vollkommene Befreiung des proletarischen Elends herbeiführen können, wohl aber Mittel haben, um die Verelendung nicht zum äußersten Grade ansteigen zu lassen.

Eines dieser Mittel sind die Organisationen der Arbeiterklasse. Je geschlossener die proletarische Front ist, je enger die Arbeiterklasse den Mächten des Kapitals entgegentritt, desto eher ist es möglich, solche Forderungen durchzusetzen, die das Los der arbeitenden Bevölkerung schon jetzt etwas mildern können.

Ein anderes Mittel ist der Parlamentarismus. Das Parlament als eine bürgerliche Herrschaftsform kann nicht die proletarischen Zukunftsforderungen verwirklichen, die soziale Revolution ihrem Ziele zuführen. Aber in den Parlamenten haben die Vertreter der Arbeiterklasse Gelegenheit, den Vertretern des Bürgertums Auge in Auge

entgegenzutreten, bei der Gesetzgebung zu ermöglichen, daß die Forderungen des Proletariats berücksichtigt werden.

Würden wir die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten nach ihrem Gutdünken schalten und walten lassen, ohne jede Kontrolle, ohne jede Kritik und Meinungsäußerung, so wäre das für die Vertreter des Kapitals die höchst erwünschte Gelegenheit, ihre Macht- und Ausbeutungsgelüste gegenüber der Arbeiterklasse bis aufs Letzte zu betätigen.

Um nur einige Beispiele zu nennen: die Steuer-gesetzgebung wäre noch viel schlechter, wenn nicht Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstage ihre Stimme erhoben hätten. Die Auswucherung der verbrauchenden Bevölkerung durch die Agrarier hätte noch weit krassere Formen angenommen, wenn ihnen nicht unsere Abgeordneten entgegengetreten wären. Um die Versorgung der Kriegsbeldigten, um die Fürsorge der Erwerbslosen wäre es noch weit schlimmer bestellt, wenn sich unsere Partei nicht im Reichstage ihrer angenommen hätte.

Und so soll auch unsere Arbeit im preussischen Abgeordnetenhaus, in den Provinziallandtagen und Kreistagen beschaffen sein. Unermüdet wollen wir in ihnen für die werktätige Bevölkerung arbeiten. Ohne Rast wollen wir auch an diesen Stellen versuchen, die Mächte des Proletariats abzustellen.

Unsere gesamte parlamentarische Tätigkeit, wo es auch sei: im Reichstag, im Abgeordnetenhaus, im Provinziallandtag, im Kreistag, in der Stadtverordnetenversammlung, im Gemeinderat muß immer geleitet sein von den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, muß erfüllt sein von dem Streben, den Leidensweg des Proletariats abzukürzen, an jedem Orte und zu jeder Minute zu arbeiten für die soziale Revolution, für die Verwirklichung des Sozialismus.

Keine Versprechungen, keine Parolen! Den Mund unverwandelt auf das Ziel gerichtet, die Hände bereit zur werktätigen Arbeit in der Gegenwart, den Willen gespannt zur Erfüllung unserer sozialistischen, unserer revolutionären Pflicht!

Noch ein Tag trennt uns von den Wahlen in Preußen. Der letzte Tag des Besinnens, des Ueberlegens, des Erkennens!

Wähler und Wählerinnen, Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Zeigt am 20. Februar durch eure Stimmabgabe, daß ihr die Größe eurer Aufgabe erfaßt habt, indem ihr die Partei eintretet, die durch ihre bisherigen Taten bewiesen hat, daß sie den Sozialismus verwirklichen, die proletarische Revolution ihrer Erfüllung entgegenzuführen will:

**für die Unabhängige Sozialdemokratie!**

#### Lloyd George über die Wirtschaftskrise

In einer Unterhausrede äußerte sich Lloyd George ausführlich über die Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängende allgemeine Krise in Mittel- und Osteuropa. Er sagte: Die Regierung sei bis zum äußersten gegangen, um die Not zu lindern. Bis zum 31. März würden etwa 14 Millionen Pfund Sterling zur Unterstützung an die arbeitslosen demobilisierten Heeresangehörigen zur Auszahlung gekommen sein, weiter seien 23 Millionen für die Kolonisierung der demobilisierten auf dem Lande, für den Bau von Grobwehrwegen 10½ Millionen verausgabt worden, die gleichfalls hauptsächlich den Erwerbslosen zugute kommen. Die ganze Frage hänge eben von dem Wiederaufleben des Handels mit dem Auslande ab, auch die Lage in Europa bleibe ein großer Faktor, mit dem man rechnen müsse. Lloyd George erklärte weiter, er sei immer ein Befürworter der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland gewesen. Mit Osteuropa sei ein Handel jetzt unmöglich. Das sei eine unabweisliche Folge des Krieges. Er hoffe aber, daß die Regierung etwas tun könnte, um Osteuropa mit Rohmaterialien und zu versorgen. Die Länder könnten nur jetzt nicht bezahlen, und die ganze Schwierigkeit liege in der Kreditbeschaffung. Von der Gesamtheit, Kredite für den Außenhandel von der Regierung zu erzielen, wurde bisher nur ein spärlicher Gebrauch gemacht. Die Regierung unterhandle weiter mit Banken und Finanzleuten, damit diese einen Teil des Risikos übernehmen könnten, um den Handel wieder in Gang zu bringen. Die europäischen Völker, führte der Premierminister aus, sind immer gute und eheliche Kunden Englands gewesen. Sie werden keine Waren bestellen, die sie nicht bezahlen können. Aber sie können nicht bezahlen, wenn sie keine Kredite erhalten. Jede Regelung, durch

die der Handel in ganz Europa wieder in Gang gesetzt werden kann, wird zur Verringerung der Arbeitslosigkeit mehr beitragen, als alle Kredite zur Unterstützung der Arbeitslosen. In Südosteuropa ist die Industrie völlig lahmgelegt, nicht nur durch den Krieg, sondern auch durch den russischen Nationalismus, der sich auf verschiedene Art äußert und den Handel unmöglich macht, weil dieser in vieler Hinsicht aggressiv und habgieriger Rationalismus kein Gefühl der Nachbarschaft anerkennt. Die Neigung, sich einem engen Kreis anzuschließen, ist nicht auf diese osteuropäischen Staaten beschränkt geblieben. Sie macht sich in Frankreich, den Vereinigten Staaten und sogar in England bemerkbar. Man vergißt darüber vielfach, daß alle Länder von einander abhängen und der Handel nur international sein kann.

In sonderbarem Widerspruch mit den Gedanken, die Lloyd George in dieser Rede entwickelt, steht eine andere Aeußerung Lloyd Georges, die er ebenfalls im Unterhaus über die Wiedergutmachung getan hat. Dort sagte er, er werde sein möglichstes tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig, den es zahlen könne, herauszuziehen, er wolle jedoch keine Vorschläge unterbreiten, die nach den eingeholten Gutachten der Sachverständigen ganz undurchführbar seien und falsche Hoffnungen in England erwecken.

Lloyd George hat an dem Zustandekommen der Pariser Beschlüsse hervorragend mitgewirkt und verteidigt sie. Die Durchführung der Pariser Beschlüsse aber schlägt dem Gedanken der Interessensolidarität aller Länder, wie ihn Lloyd George oben entwickelt hat, direkt ins Gesicht. Man muß auch den Staatsmännern der Entente mehr auf die Hand sehen als auf Maul.

#### Die französischen Sozialisten gegen die Pariser Forderungen

Die in den letzten Wochen hochgehenden Wogen der Wahlbewegung haben die Tatsache in den Hintergrund treten lassen, daß die Pariser Beschlüsse über die Wiedergutmachung in der Arbeiterklasse der Ententeländer eine scharfe Verurteilung gefunden haben, und daß eine Bewegung in den proletarischen Massen Frankreichs und Englands begonnen hat, die zweifellos ihre Wirkung auf die endgültigen Beschlüsse in London ausüben wird. Von besonderem Interesse ist hier die Stellungnahme der französischen Arbeiterschaft, der naturgemäß die Aufgabe zufällt, den Vorstoß der französischen Imperialisten zu hemmen und die Massen gegen eine Politik mobil zu machen, deren Rückwirkungen auch für die wirtschaftliche Lage des französischen Proletariats verhängnisvoll sein würden.

Gleich nach Bekanntgabe der Pariser Beschlüsse nahm der „Populaire“, das Organ der französischen sozialistischen Partei, eine scharf ablehnende Stellung gegen sie ein und bekämpfte in der heftigsten Weise die Politik Briands, die auf der Pariser Konferenz den Sieg davon getragen hat. Als die Nachrichten über die Sitzung des Deutschen Reichstags in Paris einliefen, solidarisierte sich Genosse Longuet im „Populaire“ ausdrücklich mit der Rede Ledebours dessen Standpunkt des internationalen Kampfes gegen die Pariser Beschlüsse er vollkommen akzeptierte. „Natürlich sieht unsere bürgerliche Presse — sprach er — in der Rede Ledebours nur seine Angriffe gegen die Alldeutschen. Wir aber wollen insbesondere darauf hinweisen, daß er die Sozialisten Frankreichs und Englands zur Solidarität mit ihren Brüdern, den Arbeitern in Deutschland, aufgerufen hat. Niemand waren die Aufgaben der Sozialisten der Weltstaaten zwingender als jetzt. Der verabschiedungswürdigen Politik des Hasses der bestehenden Klassen müssen wir mehr als je unsere sozialistischen Beschlüsse entgegenstellen. In einigen Tagen werden in Wien die Sozialisten Frankreichs, Englands und Deutschlands gegenüber der Pariser Konferenz den einmütigen Protest des Proletariats dieser drei großen Länder erheben.

Einen ähnlichen Standpunkt nahm der Redner der sozialistischen Fraktion, Genosse Auriol, in der großen Kammerdebatte am 4. Februar ein. In einer ausgezeichneten Rede, die das ganze Haus fesselte, betonte er, daß alle bisher vorgeschlagenen Lösungen keine Lösungen seien, und daß nur eine internationale Aktion, die Verständigung der Arbeiterklassen aller Staaten, die Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts, die Durchführung des Wiederaufbaues, ermöglichen würde.

Die Pariser Beschlüsse bezeichnete Auriol im Namen der sozialistischen Partei als im völligen Widerspruch zu dem stehend, was gemacht werden müsse, um Deutschland instand zu setzen, seine Wiedergutmachungsschulden zu zahlen. Er erinnerte ferner die Kammer an das nationalstaatliche Geheul, das den Genossen Ledebour im Reichstag umtobte, als er den Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie entwickelte und dabei betonte, daß ohne die Unterstützung der organisierten Arbeiterklasse aller Länder die Regierungen ohnmächtig bleiben würden. „Auch ich sage euch“, rief er aus, „daß die wirkliche Entwaffnung, der Abbau des Hasses, der Wiederaufbau der Ruinen, erst möglich sein wird, wenn ihr an die Arbeiterklasse appelliert und sie euch unterstützt. Wenn ihr dagegen in den Fesseln des kapitalistischen Egoismus bleibt, dann werden wir keinen Frieden kennen, sondern nur ein Gespenst, von dem vor kurzem unser Finanzminister sprach: den Bankrott.“ Die bürgerliche Mehrheit wagte nicht, dieses Wort mit jenem Hallo zu begrüßen, das sie gewöhnlich losläßt, wenn ihr ein sozialistischer Redner unangenehme Dinge sagt. Alle waren wohl von der Richtigkeit dessen überzeugt, was Auriol gesagt hat.

Eine ebenso scharfe Abgabe wie der Vertreter unserer Partei erteilte die französische Regierung Leon Jouhaux, der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.). Im „Peuple“ schrieb er, daß die Pariser Beschlüsse, wie Briand sie definiert hatte, für die französische Arbeiterklasse unannehmbar sei. Er schilderte die Gefahren, die aus der Aufrechterhaltung des französischen Militarismus wie aus den wirtschaftlichen Forderungen sowohl für Deutschland wie für Frankreich entstehen müßten.

Was die Vertreter der Entente beschlossen haben — fuhr er fort —, steht im Gegensatz zu allen Ideen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Ihre Irrtümer selbst sind es, die uns zwingen, auf die Idee zurückzukommen, die von den Arbeitern aller Länder angenommen wurde, daß es keine Lösung und keinen dauerhaften Frieden geben kann als auf der Basis der von der Gewerkschaftsinternationalen proklamierten Grundsätze, und daß allein die von den organisierten Arbeitern aller Länder unterstützten Ideen es ermöglichen, die soziale Erneuerung durchzuführen, deren Verwirklichung uns von der Weltlage angezwungen wird. Allen Widerständen einer Bourgeoisie zum Trotz, die nicht verstehen will, einem Regime zum Trotz, das sich nicht ändern lassen will, wird es den Millionen von Arbeitern, die die Arbeiterinternationalen bilden, gelingen, ihren Willen zum Sieg zu verhelfen und allen Gewaltplänen gegenüber den Frieden zu sichern, der allen zugute kommen soll.“

In der Schlußsitzung der französischen Kammer vom 8. Februar gab Genosse Braque im Namen der Sozialistischen Fraktion eine Erklärung ab, in der er den sozialistischen Antrag zur Tagesordnung begründete. Er erinnerte daran, daß die Sozialisten es waren, die von vornherein die Zustimmung zu dem Vertrag von Versailles verweigerten, während die Mehrheit der Kammer sich auf das Wort des damaligen Finanzministers stützte: „Deutschland wird zahlen.“ Die Enttäuschung über die Politik der Mehrheitsparteien sei vielleicht eine der größten, die die Arbeiterklasse erlebt hat. Das arbeitende Volk erkenne jetzt, wohin die Politik von Versailles führe. Nicht der Friede werde dadurch hergestellt, sondern nur der Keim für neue Kriege gelegt, und der Wirtschaftskrieg für die ganze Welt proklamiert.

Das ist die Schlußfolgerung — so fuhr er fort — die aus den hier vorgebrachten Erklärungen zu ziehen ist. Wir haben den Frieden immer geliebt, daß man für die Beendigung der Kriege nur auf die Arbeiterklasse selbst rechnen kann; sie erkennen aus Ihren Verhandlungen selbst, daß jene, welche sich als unfähig erweisen haben, den Krieg zu vermeiden, ebenfalls unfähig sind, den Frieden zu begründen.

Die Arbeiter wissen, daß sie ihre Verbannung nicht nur an die Kapitalistenklasse eines Landes oder an einzelne Personen der Kapitalistenklasse zu richten haben, sondern an das kapitalistische Regime, welches alle nun immer mehr solidarisch werdenden Länder dazu verurteilt, sowohl in ihrem Elend wie in ihrem Wohlstand im Frieden den Krieg fortzusetzen.

Fahren Sie fort meine Herren, nach innen und außen eine Politik zu betreiben, die, ich will nicht sagen, die Revolution, aber die demokratischen Bemühungen allerorts schwächt, die weder Unterstützung noch Vertrauen jenen einflößt, welche im Ausland oder in Deutschland selbst bereit sind, an einem friedlichen Zusammenwirken der Nationen zu arbeiten.

Sie tragen hieran die Verantwortung. Mein Freund Vincent Durio hat Sie dieser Tage in seiner hervorragenden Rede an die Worte unseres alten Freundes Leboucq erinnert, welcher im Reichstag, also nicht in einer feindseligen Versammlung, sondern den Deutschen selbst das Dokument der deutschen Industriellen gezeigt hat, auf welches André Lefèvre soeben angepielt hat.

Das finden Sie in dem von uns vorgelegten Antrag ausgedrückt. Wenn Sie das Mittel besitzen, auch nur ein Minimum von Frieden herzustellen, indem Sie die nationalen Interessen aller Länder dadurch internationalisieren, daß Sie die Schulden und die Guisachen des Krieges internationalisieren, so tun Sie dies! Wenn Sie dazu nicht fähig sind, so wird das Proletariat wissen, was es zu seiner eigenen Rettung zu tun hat. Wir sprechen gemeinsam mit den Arbeitern unserer Welt nicht dieser Regierung oder der Kapitalistenklasse, sondern dem kapitalistischen Regime aus.

In dem von Braque eingebrachten Antrag der Sozialistischen Fraktion ist vor allem von Interesse, daß die ökonomische Undurchführbarkeit der an Deutschland gerichteten Forderungen nachgewiesen wird. Die vorgesehene Sanktionen zur Erzwingung dieses Nebereinkommens würden nur zur Folge haben, daß die Parteien des Militarismus und der Revanche in Deutschland gestärkt würden. Das fortwährende Wüsten aller Versuche der Staatsmänner, den Widersprüchen des Versailler Vertrags zu entrinnen, sei eine Bestätigung der Tatsache, daß der Krieg unter den jetzigen ökonomischen Bedingungen den Sieger wie den Besiegten die gleichen Lasten auferlege. Der Schluß des Antrags enthält neben dem Mißtrauensvotum gegen die Regierung, die Forderung, daß Frankreich eine Politik der Verständigung und des Weltfriedens befolge und allen imperialistischen und kapitalistischen Herrschaftsgefühlen entsage.

Der sozialistische Antrag kam nicht zur Abstimmung, da der Antrag Jabin, der Briand das Vertrauen ausdrückte, mit 395 Stimmen gegen 83 zur Annahme gelangte. Jedoch als programmatische Kundgebung unserer französischen Genossen gewinnt er, ebenso wie die vorhergegangenen Reden und Äußerungen unserer Genossen in der Kammer und in der Presse, außerordentliche Bedeutung für die Vorbereitung jener internationalen Front des Proletariats, die allein imstande sein wird, den Kampf gegen den Versailler Frieden siegreich durchzuführen. Diese Kundgebungen unserer französischen Genossen finden ihre zusammenfassende Ergänzung in dem gestern hier veröffentlichten Manifest des Landesauschusses der Sozialistischen Partei vom 13. Februar, in dem sich die französischen Sozialisten mit der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands solidarisch erklären.

Zum Schluß noch einige Worte über die Haltung der französischen Kommunisten. Als Redner der kommunistischen Fraktion hat Marcel Cachin in der Kammer das Wort ergriffen, um eine sorgfältig vorbereitete Rede zu verlesen. Aber vergebens sucht man in dieser Rede auch nur ein einziges scharfes, klüßiges Wort gegen die Forderungen der französischen Imperialisten. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß Cachin, der vor gar nicht langer Zeit zusammen mit den Nationalisten, den Standpunkt vertrat, daß Deutschland alles bezahlen müsse, es auch jetzt, an der Spitze der kommunistischen Partei stehend, sorgfältig vermied, die Gefühle des „nationalen Bloks“ zu verletzen. Besonders interessant war in seiner Rede der Hinweis, daß die französische Regierung es vor und nach Brest-Litowsk — also nach ihrem Bruch mit den Bolschewisten — nicht verschmäht habe, mit der Sowjetregierung Verhandlungen zu führen. Der französische Bolschewist Kaufens verhandelte im Dezember 1917 und im Februar 1918 mit Trotski, und erklärte sich bereit, der Sowjetregierung die militärische und finanzielle Unterstützung Frankreichs angedeihen zu lassen. Nur auf Befehl von Paris konnte dieses Vorhaben nicht zu Ende geführt werden.

Die Enthüllungen Cachins, die in Frankreich großes Aufsehen erregt haben, sind sicherlich sehr interessant, da sie nicht nur die Politik Frankreichs, sondern auch die der Sowjetregierung von einer bisher völlig unbekanntem Seite beleuchten. Es zeugt aber von einer eigenartigen politischen Blindheit des französischen Kommunistenführers, wenn er gleichzeitig mit seiner tendenziösen Erklärung gegen die Pariser Beschlüsse eine historische Reminiscenz ausbringt, die den Kernpunkt des zur Entscheidung stehenden politischen Problems nur zu verwischen geeignet ist.

Mit Recht fragt deshalb Sixte-Quenin in einem ironischen Artikel im „Populaire“, ob es denn wirklich möglich sei, daß in einer geschriebenen und infolgedessen reißend überlegten Deklaration der französischen kommunistischen Partei Trotski verherrlicht werde, weil er genau die gleiche Politik wie Albert Thomas habe verfolgen wollen? Man könnte diese Frage dahin ergänzen, ob es wirklich revolutionäre internationale Politik ist, wenn die französischen Kommunisten, nachdem sie auf Moskauer Befehl die Front des französischen Proletariats gesprengt, nun die Gefühle der französischen Nationalisten schonen und sich vor dem Kampf gegen die Pariser Forderungen drücken? Diese

Fragen stellen, heißt sie beantworten. Und diese Antwort lautet vernichtend für die III. Internationale, deren Sektionen in Frankreich wie in Deutschland hilflos und ohnmächtig dem Zentralproblem der internationalen proletarischen Politik, dem organisierten Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag gegenüberstehen. Auch diesen Kampf müssen die marxistischen Elemente der internationalen Arbeiterbewegung zunächst allein führen, und die in den nächsten Tagen stattfindende Wiener Konferenz wird in internationalem Maßstabe das Werk fortsetzen, das die französische sozialistische Partei in ihrem gestrigen Manifest so tapfer und so eindringlich begonnen hat.

## Der nationale Trauertag

### Ein Täuschungsversuch

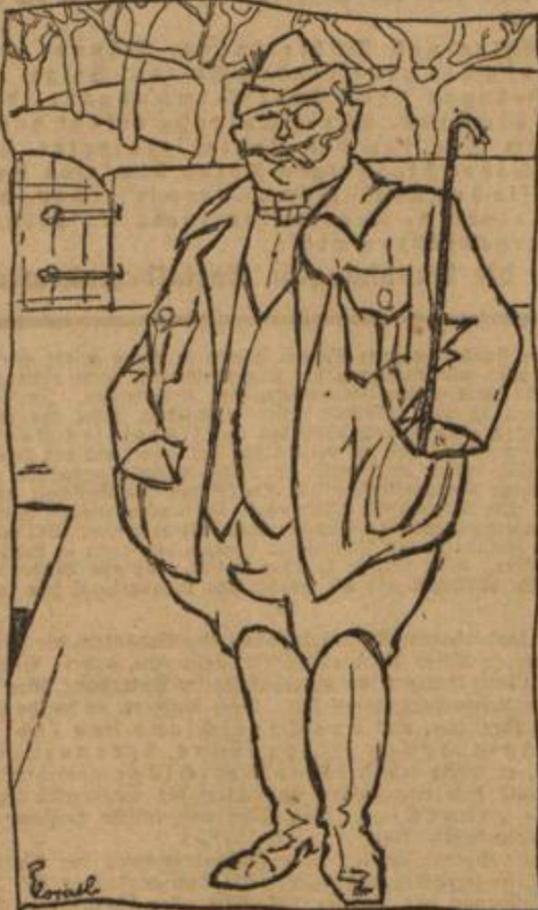
Die Reichsregierung hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Einführung eines nationalen Trauertages, der alljährlich einigen Monaten gegeben haben. Der Antrag bezweckt, eine Anregung Folge geleistet, die die bürgerlichen Parteien vor einigen Monaten gegeben haben. Der Antrag bezweckt eine Anteilnahme an den ungezählten Opfern des Krieges vorzutäuschen, die nicht vorhanden ist.

Wenn man sich diese Anteilnahme besser äußern, als in der ausreichenden Fürsorge für diese Opfer, in der Abwendung von Not und Elend von all jenen, die der Krieg in Trauer und Elend gestürzt hat? Aber davon waren und sind die bürgerlichen Parteien sehr weit entfernt. Für alles haben sie Geld bereit, nur nicht für die Millionenopfer des Krieges. Noch am letzten Tage der Verhandlungen des Reichstages haben sie den Antrag der Unabhängigen Partei, der den Kriegsverlehten und Hinterbliebenen eine einigermaßen gesicherte Fürsorge bringen wollte, abgelehnt.

Die Einführung eines allgemeinen Trauertages findet deshalb gerade bei jenen Kreisen, für die er bestimmt sein soll, bei Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen, keinen Anklang. Darüber, daß den toten Soldaten die Treue zu wahren sei, ist unter ihnen sicherlich keine Meinungsverschiedenheit vorhanden. Aber die Erfüllung dieser großen kameradschaftlichen Pflicht muß in der gerechten und ausreichenden Versorgung für die Hinterbliebenen der toten Kämpfer bestehen, nicht in der platonischen Verkündung von Anteilnahme. Die Hinterbliebenen, die heute noch in Not und Elend stehen, und durch das Vergehen der Fürsorge von Reich und Staat immer tiefer hineingeraten, müssen deshalb das Abhalten nationaler Trauertage als eine Ironie der Versprechungen betrachten, die den in den Krieg gezogenen und ihr Leben verlorenen Menschen gegeben worden sind. Durch Reden läßt sich die Anteilnahme nicht beweisen, sie muß erfolgen durch Taten.

Es sprechen aber auch die Spuren vergangener Zeiten. Die Feier des Sedan-Sieges ist nie zur Bedingung des Pflichtbewußtseins des Reiches gegenüber den Opfern des Krieges benutzt worden, sondern zur Entfesselung von Haß und Leidenschaft gegen den „Erdfeind“, zur Verherrlichung des Krieges und zum Preldigen von Revanchegedanken. Kein Zweifel besteht, daß der „nationale Trauertag“, dessen Einführung jetzt geplant ist, ebenfalls nur diesen nationalpolitischen Zwecken dienen soll. Dem aber werden sich gerade diejenigen aufs schärfste widersetzen, die aus eigener Anteilnahme an den ungeheuren Leiden der Kriegführung wissen, daß der Krieg das unermesslichste Verbrechen und Unglück gerade für die Massen ist. Sie mußten die Opfer bringen, während andere, die Offiziere, die Heimkehrer, die Kriegsgewinnler und Schieber aller Art, den größten Nutzen einheimten.

Mit den Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen wendet sich deshalb die gesamte Klassenbewußte Arbeiterschaft gegen diesen neuen Versuch der Verherrlichung des Krieges. Befehlen aber die bürgerlichen Parteien trotzdem die Einführung eines solchen Trauertages, so müssen sie gewiß sein, daß die Arbeiterschaft ihn benutzen wird, nicht zur Ermüdung nationalpolitischer Gefühle, sondern zur Verbreitung gerade der Tatsachen, die erkennen lassen, wie groß und unsühbar die Schuld jener Kreise ist, die den Krieg entfesselt haben, ihn jahrelang fortzuführen und ihn benutzen zur Verflüchtung der Massen, zur rücksichtslosen eigenen Bereicherung und die späterhin auch die unmittelbaren Opfer des Krieges um den ihnen feierlich zugesagten Schutz vor Not und Elend brachten.



Soll der wieder in Preußen herrschen?

## 300 000 Kriegsbeschädigte

Unendlich viel Menschenopfer hat der Krieg gefordert. Millionen Toter liegen unter dem Rasen. In die Millionen geht die Zahl der Kriegsbeschädigten. Allein die Schwerebeschädigten stellen 300 000 Mann zu diesen furchtbaren Zahlen. Von ihnen entfallen auf Armbeschädigten 25,5 Prozent, Beinbeschädigten 15,4 Prozent, Tuberkulose 11,8 Prozent, Beinamputationen 9,6 Prozent, Nervenkrankheiten 7,2 Prozent, Armamputationen 5,5 Prozent, Nierenleiden 2,6 Prozent, Geisteskrankheiten 2,3 Prozent, Kopfschüsse 1,7 Prozent, Herzleiden 1,6 Prozent und Leiden verschiedener Art (wie Neurosthenie und dergleichen mehr) 13,5 Prozent.

Auffallend groß ist die Zahl der Tuberkulösen. Ihr Los wird noch beträchtlich verschlimmert durch die schreckliche Wohnungsnot, die überall in Deutschland vor allem die minderbemittelte Bevölkerung drückt. Wer als Kriegstuberkulöser in den Koll- und Behelfswohnungen hausen oder in den dumpfen Kellerwohnungen kein Dasein fristen muß, für den eröffnen sich die trübsten Zukunftsaussichten. Kranke mit sogenannter „offener“ Tuberkulose können in keinem Betriebe beschäftigt werden, und auch die Unterbringung leichter Fälle bereitet große Schwierigkeiten oder ist oft unmöglich. Wehlich furchtbar ist das Los der Kriegsblinden. Die Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten steht in der kapitalistischen Produktionsweise ebenfalls auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Kapitalist will nur voll ansehungsfähige Leute beschäftigen und, soweit nicht geistlicher Zwang ihn treibt, auch Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, wird er sie in den meisten Fällen abweisen. Der Kapitalismus, der die Ursache des Krieges und des unglücklichen Kriegseleids war und ist, läßt es nicht zu, daß für die seinen Interessen geopfert Menschen halbwegs erträgliche Zustände geschaffen werden.

## Ein Märchen

In der Finanzpolitischen Korrespondenz schreibt Dr. Kuczynski folgende Satyre:

Es war einmal ein Volk, das hatte einen Krieg verloren. Die Sieger forderten nun Gold, Gold und abermals Gold. Da berief der Minister des Auswärtigen die zwölf reichsten Leute des Landes zu sich. Die waren zuerst sehr erschrocken, denn sie glaubten nicht anders, als daß sie das Gold selbst zahlen sollten. Aber der Minister beruhigte sie und sagte ihnen: Ihr sollt mich nur beraten und einen Ausweg finden. Und da ihr von anderen Sachen sehr viel versteht, nenne ich euch Sachverständigen auszuwählen. Die zwölf Männer redeten aber gar flug, denn sie waren ja sehr reich. Draußen standen zwölf arme Teufel. Das waren Professoren. Sie verstanden von anderen Sachen sehr wenig, aber sie hatten ihr Leben lang die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes studiert. Kein Mensch fragte sie um ihren Rat, denn sie hatten ja nicht verstanden, Gold zu erwerben. Wie sollten sie da etwas von Gold verstehen? Und wenn das Volk noch nicht gestorben ist, dann stirbt es bald.

Und wundert sich jetzt noch jemand darüber, daß diese reichen „Sachverständigen“ alle einig sind, daß die Besteuerungen in Deutschland unerträglich hoch sind und abgehaut werden müssen?

## Nationalistische Ausfälle

Die „Times“ bezeichnet in einem Leitartikel das gähnend veröffentlichte Arbeitermanifest zu Gunsten der Herabsetzung der deutschen Entschädigungssumme als prodeutsches. Das Blatt schreibt, es sei kein Zufall, daß der jetzige Augenblick kurz vor der Londoner Konferenz dafür gewählt worden sei. Ton und Wesen des Manifestes, sowie die Zeit seiner Veröffentlichung itehen vermuten, daß es herausgegeben wurde, um die Haltung des ersten Ministers mit Bezug auf die Pariser Entscheidungen, insbesondere auf die der vitalen Frage der deutschen Reparation, zu schwächen. Das Manifest fällt mit den Reden des deutschen Ministers des Auswärtigen in Süddeutschland und mit einem wütenden Feldzuge gegen die Pariser Beschlüsse in der deutschen Presse zusammen. Das Blatt führt Stellen aus der Kaiserlichen Rede Simons an und fragt: „Welche bessere Ermüdung kann der deutsche Staatsmann in seiner herausfordernden Haltung wünschen, als die ihm im Namen der britischen Arbeiter gewährt?“ Die „Times“ zweifelt an, daß das Manifest die wahren Wünsche und Anstöße der britischen Arbeiterschaft darstelle, und schließt, daß auf der Londoner Konferenz zu lösende Problem sei nicht leicht, jedoch keineswegs unlösbar. Es könne nur auf eine Art gelöst werden, dadurch, daß die Alliierten unentwegt zu den Grundfragen der Entente hätten und zu den Pariser Beschlüssen, die auf diesen Grundfragen ruhen. Sie sehen das letzte Wort Frankreichs, und der Erste Minister habe die Treue Englands und seine eigene Treue zum Plande gegeben, daß er für die Durchführung der Bedingungen sorgen und wenn nötig, bei ihrer Erzwingung mithelfen werde.

Auch diese konservative englische Stimme beweist wieder, daß sich die Nationalisten haben und drücken völlig gleich bleiben. Um das Gewicht der in dem Manifest niedergelegten Tatsachen, die der englischen Siegesbourgeoisie natürlich unangenehm sind, herabzumindern, bezeichnet man die Kundgebung einfach als prodeutsche. Dasselbe Manöver wenden unsere Nationalisten an, die mit der gleichen Unverschämtheit unsere Hinweise auf die deutsche Verpfändung der Wiedergutmachung und auf die Schuld Deutschlands am Kriege als prozententistisch bezeichnen. Diese Spekulation auf die nationalpolitischen Instinkte der Völker haben aber statt an Zugkraft eingebüßt, daß die „Times“ wird sich damit abfinden müssen, daß eine Kundgebung der englischen Arbeiterschaft heute einen ungleich stärkeren Widerhall in der Welt findet, als wenn Herr Lloyd George spricht.

## Zur Orientkonferenz in London

London, 18. Februar.

Die griechische und die türkische Delegation für die Londoner Konferenz sind gestern abend hier eingetroffen. Die „Times“ meldet, es sei möglich, daß auf der Eröffnungskonferenz über die Fragen des nahen Ostens, die am Konstantinopel im St. James-Palast stattfinden, nur die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans zu sprechen sein werden. Es wird für wünschenswert erachtet, daß ein Abereinkommen mit Bezug auf die zu befolgende Politik erzielt wird, bevor die Vertreter Griechenlands und der Türkei an den Verhandlungen teilnehmen.

Mit Bezug auf die Vertreter der Konstantinopeler und der Angora-Regierung wird jetzt erklärt, daß die britische und die französische Regierung beschlossen haben, daß nur eine vereinte Abordnung empfangen werden kann. Die Vertreter müssen daher untereinander zu einer Einigung gelangen, bevor irgendwelche Mitglieder zu der Konferenz zugelassen werden.

# Wählt am 20. Februar nur die Liste der USPD.

## Sie werden frech

Die alten Beamten Wilhelms nämlich, die treuen Diener ihres ausgekniffenen Herrn, die sich auch im neuen Deutschland als Vorkämpfer für die Rückkehr seines Hauses auf den Thron fühlen.

Karl Seering, der preussische Minister des Innern, hat lechzend in einer Wahlrede in Magdeburg den Mund ein bißchen voll genommen. Er hat dargelegt, daß die aus den Gewerkschaften und aus der Partei hervorgegangenen Landräte und sonstigen Beamten in ihren neuen Posten die gleiche Tätigkeit zeigen wie die „Henselste, Köderste und Belows“. Auch den Mut zur Verantwortung habe so mancher sozialdemokratische Oberpräsident in weit höherem Grade, als die alten Bürokraten ihn befehlen haben. Das ist richtig, hat aber gerade darum den eingesehnen preussischen Bürokraten nicht gefallen.

Der Berufsverein höherer Verwaltungsbekämten in Berlin hat in einem großen Schreiben gegen diese Aeußerung des Ministers protestiert. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

Gerade Ihre Pflicht wäre es gewesen, als Minister des Innern anzuerkennen, wie nur durch das alte Beamtenum mit seinem über alles hervortragenden Willkür- und Ehrgefühl der Preußische Staat und das Deutsche Reich groß geworden sind, wie gerade dieselben Beamten es durch fortgesetzte treue Arbeit und Aufopferung nur ermöglichen, daß das heutige Preußen noch nicht ganz an den Folgen der Revolution zugrunde gegangen ist.

Allerdings haben diese Brüder dafür gesorgt, daß der Preussische Staat und das Deutsche Reich „groß geworden“ sind. Die Mandarinen Wilhelm II. haben dafür gesorgt, daß das deutsche Volk in einem Verhältnis willenlosen Untertanentums gehalten worden ist, so daß auf Kosten dieses getretenen Volkes die Clique der Henselste und Köderste, um mit Seering zu reden, „Deutschlands Macht und Größe“ zu jenem Ende führen konnten, das im Herbst 1918 auf den Schlachtfeldern Frankreichs eingetreten ist. Die Folgen trägt das deutsche Volk, und die Mitschuldigen an diesem Zusammenbruch, die alten Landräte mit ihrem Günstlingskreis, erheben obendrein die anmaßende Forderung, auch weiterhin an der Krippe des Staates zu sitzen und das Volk zu kneten. Durch die Revolution hat die Arbeiterklasse versucht, auch dieses Joch abzuwerfen. Die Beamten aber erklären heute, sie hätten mit dafür gesorgt, daß das heutige Preußen noch nicht ganz an den Folgen der Revolution zugrunde gegangen ist.

Damit haben sie vollständig recht. Ihrem hartnäckigen Widerstand ist es allerdings zum größten Teil zu danken, daß die Revolution kaum nennenswerte günstige „Folgen“ für die Masse des deutschen Volkes gehabt hat. Sie hätten Erfolg mit ihrer konterrevolutionären Arbeit, und dieser Erfolg macht sie so hochmütig, daß sie es heute riskieren, ihrem Vorgesetzten, dem preussischen Minister Seering, in ihrem Schreiben zu sagen, daß die Tätigkeit der früheren Minister überhaupt nicht mit derjenigen der heutigen Minister in einem Atem genannt werden kann.

Das geschieht Seering eigentlich recht. Er mag sich dafür bei seiner Partei bedanken, denn sie ist mit Schuld daran, daß die Revolution ein Ergebnis erzielt hat, das es den Beamten Wilhelms erlaubt, eine solche Sprache zu führen. Diese Aeußerung zeigt, wie frech diese Gesellschaft geworden ist, und sie gibt einen Vorgeschmack von einer unumkehrbaren Herrschaft dieser Kreise, die ganz offen angestrebt wird. Und diese Herrschaft wird Platz greifen, wenn es der Arbeiterklasse am 20. Februar nicht gelingt, den reaktionären Gewalttätigen eine entscheidende Niederlage zu bereiten.

## Lohnabbau

In der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ schreibt ein Freiherr von Kestelholz, der es wissen muß, folgendes:

„... Daher muß erst der Lohn fallen, ehe die Preise sinken können, und die Arbeiter müssen sich damit abfinden, eine Zeitlang kümmerlicher zu leben, als sie es sich jetzt angewöhnt haben, wie schon alle anderen Kreise der Bevölkerung auch kümmerlich leben.“

„Angewöhnt“ ist gut! Der Mann scheint nicht zu wissen, daß Hunderttausende von Arbeitslosen mit ihren Familien kaum noch zu essen haben, daß ebenso viele Kurzarbeiter mit einem kläglichen Lohn nach Hause gehen, daß Arbeiterkinder in Massen am Hungertode nagen, daß Beamte und Angestellte tiefer und tiefer in Schulden geraten.

Auch diese Unverschämtheit kommt gerade noch zu den Wahlen zurecht. Hohe Steuern, niedrige Löhne und nichts zu essen. Das ist das Programm, das die bürgerlichen Parteien für die Arbeiter in Bereitschaft haben. Sobald ihre Macht genügend gestärkt ist, werden sie nicht zögern, ihr Programm mit allen Mitteln durchzuführen. Es gilt den Kampf gegen diese Gesellschaft mit allen Mitteln. Die Abstimmung am 20. Februar muß ihnen zeigen, wo ihre Macht eine Grenze hat.

## Ideale Konkurrenz

Der Pastor Max Maurenbrecher sagt in der „Deutschen Zeitung“ Herrn Stresemann gründlich die Meinung. Er hält der Partei Stresemanns alle ihre Sünden vor, die ihren Gipfel darin erreichen, da sie in der Prinz-Rap-Zeit eine Regierungskoalition eingegangen mit denen, die Bismarck die Reichsfeinde nannte, nämlich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Dieser Fled auf der Weste ist nicht wegzuwaschen. Sie bilde nur den rechten Flügel dieses Kartells, das auch gegenwärtig Regierungsmehrheit ist. Die Stresemänner beifügen gar keinen „Zug zur Gemeinsamkeit mit den anderen nationalen Parteien“. Und sie sind ganz gemeine Demagogen, denn sie haben sich bei den Reichstagswahlen von der nationalen Stimmung im Volke hochtragen lassen und sich ins harmlose biedere deutsche Wählerherd eingeschlichen unter dem Vorgeben, daß sie eine nationale Partei seien. Das erwecke sich als eitel Zug und Trug — eben durch jenes Bündnis mit den Reichsfeinden, das auch jetzt wieder kompliziert werden soll durch den Eintritt der Sozialdemokraten in das Regierungskartell. Wenigstens behauptet der Pastor Maurenbrecher, ihm sei „von einer Stelle, die es wissen muß“, berichtet worden, daß bereits seit einiger Zeit zwischen der Deutschen Volkspartei und den gegenwärtigen Regierungsparteien in Preußen eine Verständigung dahin erzielt worden ist, daß die Deutsche Volkspartei zusammen mit der Sozialdemokratie nach den Preußenwahlen in die neue Regierung Preußens eintreten wird.“ Der Pastor bekräftigt diese Behauptung mit einem biden Ausdruckszeichen.

Ob er recht hat oder nicht, das werden die Sozialdemokraten mit ihm ausmachen haben. Uns interessiert nur der Streit um die Ehre, die nationalste aller nationalen Parteien zu sein. Uns interessiert weiter das Zugeständnis des alternativen

Mannes, des Pastors Maurenbrecher, daß der nationale Schwach nicht ist, als ein demagogischer Trick jener Kreise, die die verärgerte Stimmung politisch ungeschulter Massen benutzen wollen, um in ihre alten Machtpositionen zurückzukehren. Es freut einen, wenn man aus so authentischem Munde bestätigt erhält, was man von jeher gesagt hat.

Aber auch sonst hat Maurenbrecher vollständig recht. Großmütig hat sich die Deutsche Volkspartei als die Partei des Wiederaufbaus angepriesen, und sie steht heute als mitverantwortlich mitten in einem kurz und klein gebrochenen politischen Porzellanladen.

Den ungeschulten politischen Massen aber, die auch heute noch bereit sind, sich durch das nationale Phrasentum einfangen zu lassen, müssen unsere Genossen sagen, daß sie aus diesem Streit zwischen Mönch und Rabbi nur die eine Folgerung zu ziehen haben, daß sie an der deutschnationalen Partei, falls sie zur Macht gelangen und Regierungspartei werden sollte, die gleichen, ja noch schlimmere Enttäuschungen erleben würde, wie an

## Achtung! Genossen!

Die Wahlbureaus der Partei, von denen aus die Wahlarbeit am Wahltag geleitet wird, sind folgende:

### 1. Hauptwahlbureau:

Berlin C. 2, Breite Str. 8/9, Hof rechts, 1. Aufgang, 1 Tr., Telefon: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4649, 4635, 4921.

### 2. Zentralwahllokale der Distrikte:

1. Distrikt: Jepp, Wilhelmstr. 111 (Tel. Rossend. 540),
2. " Kroll, Bülowstr. 55 (Tel. Kurfürst 9991),
3. " Krüger, Grimmstr. 1 (Tel. Moripl. 12702),
4. " Siedentopf, Mustauer Straße 35 (Tel. Moripl. 3431),
5. " Schweikardt, Alte Jacobstr. 23/24 (Tel. Moripl. 15313),
6. " Gallas, Georgenkirchstr. (Tel. Alex. 3947),
7. " Rike, Komintenerstr. 2,
8. " Wittschus, Petersburger Straße 5 (Tel. Alex. 2243),
9. " Scheibe, Poststr. 2 (Tel. Alex. 3515),
10. " Büttner, Schwedter Straße 23 (Tel. Humboldt 33),
11. " Rube, Sirelliger Str. 42 (Tel. Humboldt 287),
12. " Schmidt, Pappelallee 64 (Tel. Humb. 4123),
13. " Vietzsch, Gleimstr. 56 (Tel. Humboldt 4425),
14. " Kaiser, Gohlowskistr. 34 (Tel. Noabit 542),
15. " Krüger, Puttlitzstr. 13 (Tel. Noabit 1786),
16. " Klinge, Selterstr. 14 (Tel. Noabit 9045),
17. " Kroll, Utrecht Str. 21 (Tel. Noabit 279),
18. " Stenzel, Schwedenstr. 13 (Tel. Kb. 7261),

Charlottenburg: Bürowerstr. 8 bei Lau,  
Steglich: Luhn, Berlinidestr. 1 (Tel. Steglich 272),  
Neukölln: Stahmann, Münchener Str. 42 (Tel. Neukölln 1962),  
Lichtenrade: Sungenhof, Bahnhofstr. Ecke Volkstestr. (Tel. Südring 380),  
Oberschöneweide: Otto Pamp, Wilhelmshofstr. 41 (Tel. Obersch. 202),  
Schöneberg: Baum, Apostel Paulus-Str. 33 (Tel. Stephan 120).

Genossinnen und Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, wollen sich ihrem zuständigen Zentralwahlbureau oder dem Hauptwahlbureau zur Verfügung stellen.

Es ist Pflicht eines jeden Genossen, am 20. Februar Wahlarbeit zu leisten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD.  
Die Geschäftsleitung.

der Partei Stresemann. Die Wahlen am 20. Februar bieten die Gelegenheit, dieser ganzen Gesellschaft einen Denktzettel zu erteilen, für den bei den Reichstagswahlen und danach geübten Volksbetrug.

## Ein echt preussisches Bürokratenstücklein

### Der Dank des Vaterlandes

Jeder gewöhnliche Sterbliche, der mit preussischen Behörden, besonders mit „höheren“ Beamten zu tun hat, weiß, daß nicht die Beamten für das Publikum, sondern das Publikum für die Beamten da zu sein pflegt.

(Wir bemerken, daß die Bezeichnung „höhere“ Beamte der Höhe der Stellung in der preussischen Rangordnung, nicht etwa der Höhe des Bildungsgrades entspricht; wenigstens kann man das letztere im Verlehr mit diesen Herrschaften im allgemeinen nicht sagen!)

In der Bureauratie ruht ja eine der wesentlichsten Herrschaftsgrundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Nach dem alten Grundsatz „Divide et impera“, teile und herrsche, hat man die Beamten in Klassen eingeteilt, um mit einer über die andere zu herrschen. Die Leidtragenden dieses Systems sind dieselben Schichten, die unter dem System der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt zu leiden haben: die Arbeiterklasse und die unteren und mittleren Beamten, die auch heute noch, trotz „demokratischer“ Republik, der Willkür der oberen Beamten schuhlos ausgeliefert sind.

Von einem Schwertkriegsbeschädigten, der als Aushelfer bei der Post beschäftigt ist, wird uns die folgende Bureauratenschilderung mitgeteilt, mit der wohl die Herrscher im Reich des „Arbeiterveretzers“ Giesberts besonders deutlich demonstrieren wollen, wie lebensfremd und jedes sozialen Empfindens bar der preussische Bureauratismus handelt:

„Seit dem Jahre 1919 bin ich auf Grund meiner Kriegsbeschädigung durch Anstellungsscheitern bei der Postverwaltung tätig, habe also schon lange meine „Probestat“ zur Zufriedenheit abgelegt. Leider mußte mir nun kürzlich etwas passieren, was bei jedem Sterblichen mal passieren kann: Ich kam nämlich eines Morgens anstatt um 5 Uhr um 6 Uhr und entließ mich beim Vorkocher, wie es einem anständigen Menschen zukommt. Der Herr Bureaurat reagierte aber nicht darauf, sondern es wurde ein ellenlanges Protokoll ausgenommen. Am Schluß desselben durfte ich sogar noch wünschen, ob der Vertriebsrat bei meiner Beurteilung wegen kein sollte oder nicht, was ich natürlich verlangte. Genau 24 Stunden nach verübtem Verbrechen“ wurde mir das Urteil verlesen. Es lautete: Entschuldigend nicht, bei Wiederholung sofortige fristlose Entlassung. Der Betriebsrat ist nicht benachrichtigt worden.

Im also als 60 Proz. Schwerebeschädigter nicht arbeitslos zu werden, bin ich verpflichtet, mich nichts auf die Lauer zu legen, damit ich den „Dank des Vaterlandes“ bei der Postverwaltung weiter genießen kann. Oder aber vielleicht kommen unsere veränderten alten Beamten schneller auf die Beine, wenn man nicht so forrest ist und sich entschuldigt, sondern sich einfach wegen Unterernährung krank meldet, was ja bei unserem Hungerdasein bei der Post ein Arzt bestrafen kann!“

Soweit die Zuschrift. Sie ist ja doch nur ein Beispiel. Aber diese Schwerebeschädigten, die wirtschaftlich am schlechtesten dastehende Kategorie der Postausbesserer ist es, die die Opfer für die Einschränkung der Angestelltenzahl liefern soll. Es scheint fast, als ob die Auslösung unter den oberen Beamten viel nötiger wäre, um auch diese Schichten einmal aus eigener Anschauung soziales Elend kennen zu lernen.

Dieses ganze eingeatmete, lebensfremde, fortschrittsfeindliche, unsoziale Geblöde des preussisch-deutschen Bureauratismus, das wie ein giftiger Schwamm heute mehr als je alle Gebiete des öffentlichen Lebens überwuchert, zu beseitigen, ist die dringende Aufgabe. Wer dafür ist, der wähle am 20. Februar unabhängig. Jeder untere Beamte, jeder Postausbesserer, jeder Schwerekriegsbeschädigte denke am 20. Februar an die Behandlung, die er von der preussischen Bureauratie genießt. Dann wird er von selbst auf den richtigen Stimmzettel kommen!

## Aus der deutschnationalen Kloake

Kein Tag ohne neue Skandalgeschichten aus der Deutschnationalen Volkspartei! Vor einigen Tagen hat Herr Erich Baaple in Neukölln, bis vor kurzem Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Neukölln in der Deutschnationalen Volkspartei, eine Flugzettel herausgegeben, worin er gegen seine Parteigenossen heftige Vorwürfe der Korruption erhebt. Da wird von dem Vorstehenden berichtet, daß er einmal eine gewaltige Idee gehabt habe. Kinder sollten aufs Land gebracht werden, unentgeltlich oder nur gegen wenig Entgelt. Es wurden auch mehrere Kinder aufs Land geschickt. Aber, so erzählt Herr Baaple, „die bedürftigen Kinder, um derenwillen in großen Mitschleberverhandlungen soviel Worte gemacht wurden, waren dieses Mannes, Vorstehenden der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Neukölln, eigene, dazu noch die Tochter einer adligen Dame, und als Begleitung sowas von feinen Kindern das Schreibmaschinenräulein der Partei. Somit niemand, nicht ein einziges armes Wurm einer Arbeiterfrau, selbst das Kind eines hellenden Invaliden der Partei fand keinerlei Berücksichtigung. Man bedenke: nicht die Kinder eines armen Parteivorstehenden, sondern die Kinder eines mit vollem Gehalt angestellten und bezahlten Lehrers, etwa mit 10.000 Mark nebenbei honorierten Parteiangestellten und Mitinhaber eines Ingenieurbureaus mit unbefangenen Einkünften.“ Wir hören weiter, daß ein anderer der deutschnationalen Vorstandsführer, als während des Kapp-Zustandes die Nachricht nach Neukölln kam, „die roten Händen in Wlshof und Jögen morgen ein“, das Wette geschloß habe. Diese und ähnliche Dinge sind unter den Deutschnationalen bekannt geworden, trotzdem wurden die Herren wieder in den Vorstand gewählt.

Im „Neuköllner Tageblatt“ fragte einer kürzlich an, weshalb man in die Verammlung der Deutschnationalen Volkspartei nur Mitglieder hineinlasse; man müsse doch zur Ansicht kommen, daß Parteien, die Nichtmitgliedern zu Wahlversammlungen keinen Zutritt gewähren, kein reines Gewissen haben. Nach der Anklagezettel des Herrn Baaple weiß man, weshalb die Deutschnationalen möglichst unter sich bleiben wollen.

## Öffentliche Wählerversammlungen

Sonnabend, den 19. Februar

Steglich: 1/8 Uhr in der Oberrealschule Eichenstr. Referent: Genosse Dr. Wenl.

Neukölln: 7 1/2 Uhr im Lokal Volkstempel.  
Glienitz (Nordbahn): Abends 7 Uhr, Restaurant Both, Wilhelmstraße. Ref: Genosse Claus.

## An unsere Postabonnenten!

Am keine Unterbrechung im Bezug eintreten zu lassen, empfiehlt es sich schon jetzt, das Postabonnement für Monat März bei der Post zu erneuern.

Da wiederholt schon Beschwerden über unpünktliche und unregelmäßige Belieferung unserer Abonnenten durch die Post bei uns eingegangen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß sich unsere Postabonnenten sofort bei ihrer Briefkastenanstalt beschweren wollen, am besten schriftlich; sollte keine Besserung eintreten, wolle man uns Mitteilung machen, damit wir die erfolglose Beschwerde beim hiesigen Postzeitungsamt weiter verfolgen können.

Der Verlag der „Freiheit“.

# Vergesst den Einspruch nicht Sonnabend u. Sonntag letzter Tag.

Jede einzelne Stimme ist ausschlaggebend, denn es wird „gemeindefeindlich“ abgestimmt.

Geht zur Ortsgruppe, sie berät Euch.

Legt dem Einspruch Legitimationen plus bei. Deutschland ist ohne Oberschlesien wirtschaftlich verloren; Oberschlesien von Deutschland getrennt, ist die melkende Kuh für Polen.

Helft Eurer alten Heimat in schwerster Stunde.

Sichert Eure, durch Sabotage bedrohten Anträge und damit Euer Wahlrecht durch Einspruch.

Einspruch ist nur dann unnötig, wenn zuverlässige Nachricht über erfolgte Eintragung vorliegt.

Vereinigte Verbände besamtrierer Oberschlesier.

**Theater und Vergnügungen**

**Volkstheater**  
7 Uhr: Das Fest  
Die Rumpelstilzchen

**Neues Volkstheater**  
Abend 8 Uhr  
Berühmtes von Syrus

**Staatstheater**  
Opernhaus  
8 Uhr: Teseo & Regende  
Zik Cutenpiegel  
Sühneten

**Opernhaus**  
7 Uhr: König Richard III.

**Denkmal Theater**  
Sum 1. Male  
7 1/2 U.: Die Jungfrau von Orléans  
Kammerstücke

**Großes Schauspielhaus**  
7 1/2 U.: Die Blauen der Pandora

**Königgräber Str.**  
8 Uhr: Lotome  
(Mira, Widenbach, Horton,  
Beck, Kleinschmidt, Deraburg)

**Komödienhaus**  
Das weiße Lämmchen  
mit Max Pallenborn  
Dir. nachm.: Herr Müller

**Berliner Theater**  
8 1/2 U.: Die spanische Nachtigall  
mit Fritz Maffaro,  
Wahmann, Reuter, Weich

**Trianon Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Gesellschaft des  
Abbé Chateaufauf

**Wendenz Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Lady Windermere's Fächer  
von Oscar Wilde

**Kleines Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Calanovas Sohn

**Theater am Rollendorfsplatz**  
7 1/2 Uhr:  
Wenn Liebe erwacht...

**Thalia Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Mascottchen

**Königstodl Theater**  
Alexanderstr. 21 Hof, Jannowitz  
Täglich 7 30 U.:  
Gala-Sänger

**Casino Theater**  
8 1/2 U.: Der Großfürst

**Leffing Theater**  
Dirkt.: Victor Barnowski  
Sime und Sonntag  
7 1/2 U.: Ein idealer Gatte  
(Durlaux, Götz, Loos)

**Deutsches Künstler-Theater**  
Abend 7 1/2 Uhr:  
Die Scheidungsreise  
(Max Adalbert, Trane, Hosterberg)

**7 1/2 Apollotheater**  
Sensations-Ausstattungsstück  
Madame Dubarry's  
Liebesleben  
mit der weltberühmten  
Saharet

**Theater a. Kolbener Tor**  
Kollener Straße 6-7  
Täglich 7 1/2 u. Sonntag  
8 Uhr  
Erlie-Sänger  
Zum Schluss: „Der  
Kriegsgewinner“  
Nachm. 11-12 u. 4-6  
u. 8-9 Tageskasse u.  
Lehr Str. 11/12 Kolonnen

**Steidl-Theater**  
Mo-Itzplatz  
(traber Bughagen)  
Dir.: S. Wreschniak  
Sonntag, 19. Febr.:  
Wiederbeginn d. allerb. Leben

**Fritz Steidl-Sänger**  
Fritz Steidl, Kurt Reising,  
Max Grothe, Rob. Stephan  
u. w.

**Erlebnisse eines Verstorbenen**  
Ulklade von Fritz Steidl  
Hof-Orchester / Anf. 7 1/2 U.  
Preise incl. Steuer  
von 10-6,50 Mk.  
Sonntag-Nachmittagvorst.  
haben Kassenspreise  
Vorverkauf täglich  
von 11-1 Uhr s. d. Kasse

**Das lustige Spielplan**  
Abend 7 1/2 Uhr

**Neue Welt**  
ARNOLD SCHOLZ  
Hosenheide 108-114  
Halle, Sonntag, 18. Februar  
bayr. Bierfest  
U. Gr. Alpenball  
Einlaß 5 Uhr / Anf. 8 Uhr  
6 Kapellen / 30 bayr. Musik

**„Weiße Wode“**  
im  
Kasino  
Münsterstraße 10

**Pianos \* Stuhlflügel**  
alle Gesaiten und solanten Klavieren gegen  
**bequeme Zahlweise**  
Große Auswahl in Oestgenheitsklavieren  
Steinweg, Weichlein, Blüthner u. a.  
in bekannt erklaffiger Aufarbeitung

**Mag Adam** Unter den Linden 15  
Königsplatz 15  
Potsdamer Straße 50

**Spezial-Arzt** Dr. Klose für alle Geschlechts-  
krankheiten, Haut-, Frauenleiden,  
hormonelle Störungen, Ausschlag, Menstruations-  
störungen, in allen u. zweifelsfreien Fällen durch Mikroskopische  
Untersuchung, Reine, neu u. wirksame Präparate, Separates Damenzimmer.  
Im letzten Raum  
Zuhilfenahme „Löffel“ geöff.  
9-1, 4-5, 9-1.  
Nur Rosenthalerstr. 69-70 Rosenthaler Platz.

**Spezial-Arzt** Dr. Jalle für Geschlechts-,  
Haut-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Euphilia, Nerven, Blutunterdrückungen,  
spec. Chron. Harnleid, u. Nusskaffee, Licht u. Zinsen-Verdiger,  
in der Heil-  
**Dir. O. Löser, Münzstr. 9**  
Kant. „Löffel“, 9-1, 4-5, Sonntag d. l. Damen separat  
nahe Alexanderplatz.

**Münzen :: Briefmarken**  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Zugang s. d. Friedrichs. (Nr. 100) Norden 100 21

**Geschlechts-**  
krankheiten, wenn alles  
andere versagt, nachweis-  
bar nach Hilfe im Natur-  
zustand (spezifische Kräfte),  
Wiederherstellung, (Hallestr. 10-11)  
4-6, Sonntag, 11-1. Damen-  
zimmer separat. Jeder Krank-  
erkrankung Dr. med. Ludwig  
Kühnungschrift für 10. 2.50 im  
verkauft. Unschmerzliche  
Behandlung. Angabe des Verlebens  
erforderlich.

**Nieren-Preise für**  
**Altimetalle**  
**Quecksilber**  
Prenzlauer Str. 24  
Waldstraße 3  
Haberstr. 59  
Schaller Str. 55 a  
Sahystr. 46, Schönb. 4  
Händler-Exprespreise

**Achtung! Händler!**  
erleben für Altimetalle  
die höchsten Preise im  
Metallmarkt Charlottenbg.  
Wallstraße 53 (Wdh. 1371)

**Möbel**  
zu bedeutend  
herabgesetzten Preisen.  
Bar- od. Teilzahlung  
bei kl. Anzahlung und  
Abzahlung.  
Säuberste Bedingungen.  
Bürgl. Wohnungsreinigung  
Schlafzimmer, Wohnzimmer,  
Herrenzimmer, Speisezimmer  
Wanne Küchen  
Elegante Möbel  
Preise auch u. auswärts  
Lieferung kostenlos

**Möbel-Eohn**  
Or. Frankfurter Str. 58  
5 Min. u. Alexanderstr.  
Anrede: Meißner, 47-48.  
5 Min. u. Wdh. Gendeb.

**Alt-Metalle**  
kauft  
**Wiemer**  
Barenstraße 3  
und Helmstraße 11  
beides an der Odeonsmauerbrücke.

**Spiegelglas**  
auf Bestellung  
Hornhautbildung entfernt m. ab-  
solut. Schmerz. Methode. Besser-  
ung. Vergrößerung und Ver-  
kleinerung u. Schmelz. Seiten. Seit  
1830 Jahren bestehend. Nr. 4-  
Die Reichel, Berlin 40,  
Ellendammstr. 4

**Wilder, Kunstblätter, Wand-**  
schmuck mit und ohne Rahmen  
kauft man in der Buchhandlung  
„Freiheit“, Breite Straße 8-9.

**Gäle**  
für Versammlungen, 50-250 Personen  
Ganz Verlegung u. Hackenacher Hof,  
Rosenthaler Str. 40-41 u. Norden 2215

**Möbel Ausverkauf**  
wegen Räumung  
zu selten billigen Preisen  
auch auf Kredit  
bei kl. Anzahlung und Abzahlung  
Lieferung frei Haus - Preise auch auswärts.

**Möbel-Groß**  
Große Frankfurter Straße 141  
Invalidenstr. 5, Eingang Hinterstr.

**Der Kistenverpackungs-Apparat**  
„Herkules“  
bietet den größten Schutz gegen  
Diebstahl, Schmutz u. Beschädigung  
Rein, leicht zu bedienen, kein  
Verderben der Kisten auf dem  
Transport und beim Öffnen.  
Berlin N 39, Pannstr. 13,  
Georg Jurek, Telefon: 1100/11462.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

**Artur Crispian**

**Weberflüssige Menschen**

Preis 8.- Mark

Buchhandlg. „Freiheit“  
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

**Einsegnungs-Anzüge**  
aus blauem Cheviot . . . . . M. 325  
aus blauem Tuch . . . . . M. 425  
Ersatz für feine Maßarbeit . . M. 550 an  
**Prüfungs-Anzüge** aus guter, haltbarer Stoffen . . . . . M. 300 an

Besichtigung ohne Kaufzwang  
unbedingt erforderlich

**M. Schulmeister** Dresdener  
Straße 4  
Spezial-Naht für moderne Herren- und Knaben-Kleidung

**Urbia**  
der gute  
Schuhputz



**Für mich  
gibts weiter  
keine Wahl,  
Urbia  
putzt ganz phänomenal.**

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ganz  
ausdrücklich „Terpentinölware“ vom Guten das Beste

**Saal** mit Piano oder  
Percussionzimmer  
für Vereine jeglicher Art nach  
einiger Tage in der Woche frei  
Restaurant Dresener Str. 1.

**METALLE**  
Lagerungen  
u. a. b. in Eisen u. Stahl  
Hermann Taucha & Co.  
Langenbuckstraße 4

**Altimetalle** kauft  
Oderberger Str. 1  
Edele Schmiedmeister

**Botenfrauen**  
sind sofort, Zeitungs-  
Zentrale (Z. Z.) Köpenick-Bez.  
10. 19, Rosenthaler Str. 26.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungssitz Berlin.

**Todes-Anzeige**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen  
verstorben sind:  
Der Goldarbeiter  
**Rudolf Achilles**  
am 13. Februar.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. Mts.,  
von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Friedrichs-  
hofen aus statt.  
Der Belehler  
**Otto Mierisch**  
am 17. Februar.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. Mts.,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindef-  
riedhofes in Grünau aus statt.  
Eure Ihrem Gedenken!  
Bege Beteiligung erbetet.  
Die Ortsverwaltung.

**Zur Jugendweihe**  
geben wir unsern Kindern das Buch  
„Ins Leben hinein“  
Für die Jugend  
zusammengestellt von Gg. Engelbert Graf.  
Elegant gebunden 8 Mark bei der  
Buchhandlung „Freiheit“ e. G. m. b. H.,  
Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

**Lichtige Reinemachefrauen**  
Waldstraßen, Hiltbertstr., gut empfohl. Reinemachefrauen  
zu erfragen, L. Hiltbertstr., der Stadt Berlin, Rosenthaler Str. 1, 1100-2210  
Waldstr. 1, 1100-8703  
Friedrichstr. 11, Zentrum 6006  
Hilberstr. 11, 1100-112 91, 2186

**Mädchen für Alles**  
Köchinnen, Hausmädchen, Anwärterinnen. Zu erfragen  
im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin  
Schötenstr. 1, 1100-8703  
Friedrichstr. 11, Zentrum 6006  
Hilberstr. 11, 1100-112 91, 2186

**IN RUSSISCHER SPRACHE**  
erschienen (soeben):  
**J. S. Turgenew, Werke. Neun Bände**

**Ab. 1. Väter und Söhne. Ein Vorabend. Romane**  
(1497 Seiten)  
- 2. Faust. Das Weisheits. Romane (474 S.)  
- 3. Russland. Rubin. Romane (571 Seiten)  
- 4. Memoren eines Jägers. (316 Seiten)  
- 5. Andrei Koloffom. Novellen und Erzählungen  
(1076 Seiten) - Inhalt: Andrei Koloffom / Der  
Kaufmann / Drei Porträts / Der Jude / Petrus-  
kow / Das Tagebuch eines Ueberflüssigen / Drei  
Vertrauten / Wladimir / Der Herold / Ein  
Wiederwärtel / Nadezhda Gelfandom

**Ab. 6. Im stillen Winkel. Novellen und Erzählungen**  
(1076 Seiten) - Inhalt: Im stillen Winkel  
Die Herberge / Faust / Eine Fahrt nach Volzhje  
Mika / Erste Liebe / Gelpenhet / Benag / Der  
Kauf / Sushan Jerganows Gedichte / Der  
Brenner

**Ab. 7. Frühlingssagen. Novellen und Erzählungen**  
(581 Seiten) - Inhalt: Frühlingssagen / Die  
Unglückliche / Eine seltsame Geschichte / Ein  
Abend Near der Straße / Doch, doch, doch  
Die Uhr / Der Traum

**Ab. 8. Pankin und Saburia. Erzählungen und Ge-  
dichte** (661 Seiten) - Inhalt: Pankin und  
Saburia / Die Erzählung des Gaius Negeri  
Alle Vorträge / Der Bergarbeiter / Das Weib  
von der rumpelnden Erde / Rosa Witsch  
Die Wachtel / Feuer auf der Erde / Gedichte  
in Prosa / Fern und Gedichte

**Ab. 9. Sagen und Romane. (617 Seiten)**  
Inhalt: Alle dramatischen Erzählungen

**A. P. Tschechow, Werke. Sieben Bände**

**Ab. 1. Die Ueberflüssigen. Skizzen und Erzählungen**  
(1283-1895) (564 Seiten)  
- 2. Klugheitskavram. Skizzen und Erzählungen  
(1908-1927) (519 Seiten)  
- 3. Die Gruppe. Erzählungen und Novellen  
(1887-1908) (663 Seiten)  
- 4. Das Weib. Erzählungen und Novellen  
(1889-1902) (604 Seiten)

**Ab. 5. Der schwarze Mann. Erzählungen und  
Novellen** (1882-1895) (607 Seiten)  
- 6. Die Gassen. Erzählungen und Novellen  
(1886-1903) (585 Seiten)  
- 7. Trauer und Komödien. (631 Seiten) -  
Inhalt: Alle dramatischen Erzählungen.

Preis pro Band: Großformat M. 20.- / In Halbkleinen M. 25.-

Zu beziehen  
durch die **Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9**

### Angestellte und Preußenwahlen

Die kaufmännischen und technischen Angestellten, die Werkmeister und die übrigen Gruppen der Privatangestellten werden vor der preussischen Landtagswahl, wie vor jeder Parlamentswahl wiederum als die artigen Kinder behandelt, denen man Versprechungen über Versprechungen macht, um ihre Stimmen für die bürgerlichen Parteien zu gewinnen. Mit scheinheiliger Miene versichert die Deutsche Demokratische Partei im „Berliner Tageblatt“, „daß der Angestellte seiner ganzen bürgerlichen Einordnung nach darauf angewiesen ist, an dem Wiederaufbau des Staates und der Gemeinden im demokratischen Sinne mitzuwirken.“ Sollten die Angestellten wirklich so kurzfristig sein, um von einem „Wiederaufbau“ im demokratischen Sinne der Siemens, der Handelskammerpräsidenten, der Bankdirektoren und der sonstigen Vertreter des mobilen Großkapitals ihre Befreiung zu erwarten? Diese Parlamentarier haben aus dem Betriebsrätegesetz die letzten Reste jedes demokratischen Mitbestimmungsrechts beseitigt und obendrein als Gegenleistung von der Regierung die beschleunigte Vorlage eines Antikriegsgesetzes gefordert. Angestellte, Ihr braucht nur täglich eure eigenen Arbeitgeber im Betriebe zu beobachten und Ihr werdet feststellen, daß

diese „Demokraten“ rücksichtslose Vertreter des Betriebsabsolutismus sind.

Es wäre auch eine geistig niedrige Einschätzung der Angestellten, wollte man annehmen, daß sie etwa auf die deutschen nationalen Sirenenorgane hereinfallen sollten. Die Antisemiten, die mit ihrem „Sozialismus der Dummen“ schon vor Jahrzehnten bei der Arbeiterschaft abgewirkt haben, wollen nun Himpelstöße unter den Angestellten weitzeln betreiben. Man will die Angestellten durch die Hehe gegen das Judentum von der eigentlichen sozialen Ursache ihres Elends ablenken. Angestellte, merkt Euch, daß die Schwerindustrie vom Schlage der Hugenberg, und die agrarischen Großkapitalisten vom Schlage Köfide, Euch genau so ausbeuten, wie die Vertreter des jüdischen Großkapitals. Die Deutsche Demokratische Partei zwingt selbst die ihr angehörigen Angestellten-Abgeordneten, im Parlament die vitalen Interessen ihrer Berufsgenossen zu vertaten. Angestellte, wollt Ihr die Deutsche Volkspartei wählen und damit Stützen eines Wiederaufbaues nach dem Diktat von Stinnes werden? Lest die „Arbeiterzeitung“ vom Dezember 1920, um zu erfahren, welche Wege das Unternehmertum, wie es durch diese bürgerlichen Parteien vertreten wird, Euch zur Entspannung der Wirtschaftskrise zu weisen magt. So heißt es wörtlich:

„Daher muß erst der Lohn fallen, ehe die Preise sinken können, und die Lohnarbeiter müßten sich damit abfinden, eine Zeitlang kümmerlicher zu leben, als sie es sich jetzt angewöhnt haben, wie schon alle anderen Klassen auch kümmerlich leben...“  
 „Wer besser leben oder unter kümmerlichen Verhältnissen in gleicher Art weiter leben wollte, müßte den Ertrag seiner Arbeit durch Mehrarbeit steigern. Es mag hart klingen, wenn hier gesagt wird: Entweder die Leistung steigern oder untergehen.“

Auch die Zentrumspartei ist nicht bereit, die ihr anvertrauten Kapitalinteressen zugunsten der Persönlichkeitsrechte des arbeitenden Menschen preiszugeben. Sie fordert umgekehrt von den ihr angehörigen Angestellten, sich als Sturmböck gegen die um eine sozialistische Gemeinwirtschaft kämpfende Arbeiterschaft gebrauch zu lassen. Die deutschnationalen Angestellten-Gewerkschaften müßten dem Zentrum angehörigen Unternehmern zuliebe eine Kundgebung gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues annehmen, in der als Leitsatz steht:

„Die Gewinnung der Kohle wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen.“

Die Angestellten würden eine Selbstmordpolitik betreiben, wollten sie ihre wirtschaftliche und sozialpolitische Vertretung den bürgerlichen Parteien im Landtag überlassen. Die Zusammensetzung des Landtages ist mit entscheidend, in welcher Weise die sozialpolitischen Reichsgesetze durchgeführt, wie sie lebendig gestaltet werden. Es ist die Schuld des jetzigen Landtages, wenn die aus dem Betriebsrätegesetz entstandenen Streitigkeiten immer wieder zugunsten der Unternehmer entschieden werden konnten. Er hat es zugelassen, daß hier alle Macht in die Hände der Gewerkschaften gelegt worden war. Er hat nichts getan, um die Gewerkschaften endlich ausreichend mit Arbeitnehmervertretern zu besetzen. Der preussische Gewerkschaften gehört nicht ein einziger aus den Reihen der Privatangestellten entsandener Vertreter an und dieser Institution wird das Schicksal der Betriebsräte in die Hände gelegt. In Bayern ist man dazu übergegangen, unter Nichtachtung des Reichsgesetzes, die Sonntagruhe durch Ausnahmestimmungen illusorisch zu machen. Die Gefahr, daß Preußen diesem edlen Beispiele folgt, ist für die kaufmännischen Angestellten außerordentlich groß. Hier wird es den Angestellten auch wenig helfen können, daß ihnen die bürgerlichen Parteien einige Konzessionsabgeordneten zugebilligt haben.

Die letzten Beratungen des Reichstags über die Betriebsbilanz haben erneut bewiesen, daß die Angestelltenvertreter in den bürgerlichen Parteien gezwungen werden, nicht nur gegen die Forderungen der freien Angestelltenverbände zu stimmen, sondern die kapitalistischen Parteinteressen über das Programm der eigenen, selbst der bürgerlichen Angestelltenverbände zu stellen.

Turmhoch über allen einzelnen sozialen Schutzgesetzen aber muß der Wille der Angestellten zur Umgestaltung der privatkapitalistischen Gewinnwirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Bedarfswirtschaft stehen. Nur auf diesem Wege können die Kopfarbeiter eine tatsächliche Hebung ihrer materiellen Lage erfahren. Nur im sozialisierten Betrieb ist die freie Entfaltung der Persönlichkeit für den schöpferisch tätigen technischen Angestellten gesichert. Angestellte, eure Befähigung darf nicht länger dem Industralaktionär verkauft werden, sie muß der Gesamtheit des Volkes nutzbar gemacht werden.

Die Angestellten sind in erhöhtem Maße dazu berufen, Pioniere eines sozialistischen Aufbaues der Wirtschaft, Führer des sozialistischen Betriebes zu werden.

Im Gegensatz zu den Mostauer Volksbeglückern, die den Angestellten zum Diener des Handarbeiters machen wollen, will die Unabhängige Sozialdemokratie Kopf und Handarbeiter zu gleichberechtigten und gleichmäßig berufenen Trägern des Sozialisierungsgebauens machen. Sie ist im Gegensatz zu den Rechtssozialisten die einzige Partei Deutschlands, die konsequent für die Verwirklichung des Sozialismus eintritt und bereit ist, den täglich gegen die Sozialisierung wachsenden Widerstand der Kapitalvertreter in geschlossener Front aller Kopf- und Handarbeiter zu überwinden.

Alle Angestellten wählen deshalb am 20. Februar unabhängig.

### Aus dem Reiche des armen Konrad

Konrad Hantisch besah sich in seiner Wohnung auf weiten Weiten „Der arme Konrad“ auf dem Titel der Zeitschriften der Arbeiterfront über seine Volkshilfsaktion. „Jetzt geht uns aus der Hand das Licht aus“, das deutlicher, als wir es in der dunklen Nacht des Lebens erkennen, ist, was dieses Reich der Not und der Armut ist. Die soziale Lage ist ein Beispiel für die Charakteristik eines Teiles der Sozialisten, die bemerkt, wie er rühmend hervorgeht, zu seinen Besten und Reizenden gesucht hat.

Der preussische Unterrichtsminister hat sich mehrfach auf die große Zahl neuzeitlich gekannter Mitarbeiter etwas zugute getan, die er zum Teil auch aus der Volkshilfslehre in sein Ministerium berufen hat. Einige Beispiele mögen einmal zeigen, was es damit auf sich hat.

Der Deutsche Lehrerverein, die Organisation der deutschen Lehrer, mit seinen 120 000 Mitgliedern, hatte seinen geistigen Mittelpunkt in Ostpreußen. Gelegentlich der deutschen Lehrer-Versammlungen ist das vor dem Krieg in der Arbeiterpresse mehrfach festgestellt worden. Der ostpreussische Geist des Deutschen Lehrervereins trat besonders auf der Deutschen Lehrer-Versammlung zu Berlin 1912 in der Erscheinung. Es war die Zeit des Kampfes um die proletarische Jugend. Wer in

Preußen etwas werden wollte, der machte damals in Jugendbewegung. Den deutschen Lehrern wurde die besondere Ehre zuteil, daß der damalige Amisvorgesänger des Herrn Haenisch auf ihrer Tagung im Zirkus Busch erschien. Er hielt ihnen eine preussische Kultusministerrede, rief zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie auf und drohte, daß er „ungeeignete Elemente“ aus der Lehrerschaft entfernen werde, was von der Helotenschar mit Jauchzen aufgenommen wurde. „Der Deutsche Lehrerverein ist kein Schrittmacher der Sozialdemokratie!“ dröhnte darauf der Vorsitzende des Vereines in den weiten Raum. Und in schelmiger Dankesrede gelobte er:

„Ich darf Sie ersuchen, die Versicherung geben, daß der deutsche Lehrerkund nach wie vor bemüht sein wird, ein Geschlecht heranzubilden, das treu zu seinem Herrgott, treu zu seinem Vaterlande und treu zu seinem Kaiser steht.“

Das waren schöne Zeiten, Herr Haenisch! Wir wissen übrigens nicht, ob der davongelaufene hase Herr den Berliner Gemeindeführer Gottfried Köhl dafür haltbar zu machen gedenkt, daß er keine großmütige Versicherung nicht hat halten können.

Dieses paternalistische Gerede ihres Vorsitzenden veranlaßte die anderen Vereinsgrößen aus der Reihe der Lems, Paulsch, Pregel, Wenzel, Otto um, sich in Hurrapatriotismus zu überschlagen. Gelegenheit dazu boten die politischen „Rechte“ des Lehrers, die zur Debatte standen. In ihren Leitfäden und Reden priesen diese Vereinsleiter den preussischen Dienst als selbstverständliche Regel und Richtschnur politischen Handelns und den Kampf gegen die Partei der Heimat- und vaterlandslosen Gesinnung als ebenso selbstverständliche Pflicht jedes Lehrers. Gegen diese Preisgabe ihrer Rechte wandten sich Vertreter aus Hamburg, Sachsen und Württemberg. Das war aber für jene nur ein willkommener Anlaß, die Hige ihrer patriotischen Beistände noch zu steigern. Heilige Treuhüter, Lobgesänge auf den Dienst und auf die Grundzüge des preussischen Staates stiegen zum Preußenhimmel. Sie klangen aus in dem Befehle: Wer nicht zu leisten vermag, was der preussische Staat zu verlangen hat, der mag eben - gehen. Und der Referent, Rektor Tittel aus Dortmund, erklärte die Größe der Situation und forderte in keinem Schlüsselwort von den sozialdemokratischen Lehrern den „Mut zur Tat“. Er forderte sie auf, wegen ihrer regierungs- und autoritätsfeindlichen Gesinnung ihr Amt in die Hände des Staates zurückzugeben, aus Brot und Lohn zu gehen und den Parteistab zu ergreifen. Diese ungeheuerliche Niederträchtigkeit überlegte wohl alle, was arbeitenden Menschen je geboten worden ist, eben deshalb, weil es von den „Führern“ der eigenen Organisation über sie gebracht wurde, der sie ihre Interessen anvertraut hatten.

Der „Vorwärts“, damals das Organ der einzigen Sozialdemokratie, hat in zwei Leitartikeln in bitteren Worten zu dieser infamen Forderung der sozialdemokratischen Lehrerschaft Stellung genommen. Er schrieb:

„Die deutschen Volkshilfslehrer, die die Kinder dieser vier Millionen zu erziehen haben, nehmen sich eine kavalere Annahme heraus, wenn sie diese vier Millionenpartei als rechtlos, als staatsfeindlich, als außerhalb der Gesetze stehend betrachten und behandeln...“  
 „Die Herren, die so mißfällig tanzen, wie die preussische Regierung spielt, werden früher oder später ein unangenehmes Erwachen aus ihrem hurrapatriotischen und sozialistenfeindlichen Narkose erleben.“

Der liebe „Vorwärts“ von 1912; er hat damals nicht mit der „Volkshilfslehre“ nur des einstigen Erben des „gefalligen Trones von Deutschland“ gerechnet. Konrad Hantisch hat jene ostpreussischen Oberpastoren und Sozialistenleiter in einseitige und gut bezahlte Stellungen gebracht als Stützen des neuzeitlichen Geistes in ihrem Refort. Er hat das getan in voller Kenntnis der Sachlage und obwohl er von einem Vertreter der sozialistischen Lehrerschaft wiederholt dringlichst gebeten worden ist, der sozialistischen Lehrerschaft diesen Schlag ins Gesicht zu ersparen.

Der einflüchtige Rektor Pregel ist Geheimrat im Kultusministerium. Lehrer Paulsch, der sich wohl inzwischen mehrheitslosig angegriffen hat, ist Regierungsrat in Potsdam. Dem Hantisch von 1912, dem Rektor Tittel aus Dortmund, gelang es, einen tauffräftigen und befähigten Sozialisten,

### Finsternis

Roman von Leonid Andrejew  
 Deutsch von Dr. O. D. Voß

Sie legte schon die Hände an seine Lippen und schritt wieder aufgeregt auf und ab. Ihre Erregung wuchs. Mitunter schien es, als ob sie in einer Glut erstickte; sie rief sich die Brust, atmete mit weit geöffnetem Mund und griff mechanisch nach den Fenstervorhängen. Und schon zweimal goß sie sich im Vorübergehen Kognak ein und trank ihn aus. Beim zweiten Mal bemerkte er bitter:

„Sie wollten doch allein nicht trinken.“  
 „Hab' eben keinen Charakter, mein Liebling!“ erwiderte sie einfach. „Und dann bin ich auch schon vergiftet. — wenn ich einige Zeit nicht trinke, bekomme ich Asthma. Daran werde ich auch verrecken.“ Und als bemerkte sie oben erst seine Anwesenheit hob sie die Augen in die Höhe und lachte laut auf.

„A! du bist es? Noch immer hier? Bist noch nicht fort? Bleib' sitzen, bleib noch ein wenig sitzen!“ Mit wildem Ausdruck rief sie das gebärdete Gesicht herab und wieder schimmerten rosig ihre Schultern und ihre hageren Hände.

„Warum hab' ich mich denn so eingewidmet? Hier ist es auch so genug heiß, und ich... Hören Sie, Sie sollten doch die Hosen ausziehen. Hier ist es so, hier kann man auch ohne Hosen sein... Oder vielleicht haben Sie eine schmutzige Unterhose? Dann will ich Ihnen meine eigenen Pantalonensohlen. Macht es Ihnen was aus, daß sie mit einem Ausschritt sind? Hören Sie, ziehen Sie sie an! Liebköcher, Bester, nun was liegt Ihnen daran, wenn Sie mit mir die Liebe...“

Sie lachte aus vollem Halse und bettete mit ausgereckten Händen. Dann glitt sie rasch zu Boden, stellte sich auf die Knie und bat, indem sie seine Hände zu fassen suchte.

„Ach, Liebling, ich hitte, Süßer, bitte, ich will dir basier die Händchen lassen!“

Er rückte zur Seite und sprach gerührt und bitter:

„Warum taten Sie es mir an, Lyuba? Was habe ich Ihnen getan? Ich bin doch so gut zu Ihnen... Warum sind Sie zu mir so, warum nur? Habe ich Sie denn gekränkt? Nun, dann verzeihen Sie mir. Ich bin ja in all dem... in all diesen Dingen... fremd.“

Sie zuckte verächtlich mit den nackten Schultern, richtete sich aus der knienden Stellung gelächelnd auf und setzte sich hin. Sie atmete angezogen.

„Sie wollen sie also nicht anziehen? Schade. Ich hätte es mir gern angesehen.“

Er begann etwas zu sprechen, stockte und legte zögernd, jedes Wort dehnend, fort:

„Hören Sie mich an, Lyuba... Gewiß, ich... das alles sind Dummheiten. Und... wenn Sie's nicht anders wollen, so kann ich ja das Licht ausdrehen. Drehen Sie das Licht aus, Lyuba.“

„Was?“ verwunderte sich das Mädchen und öffnete weit die Augen.

„Ich wollte sagen.“ beistete er sich zu erklären, „daß Sie ein Weib sind und ich... Gewiß, ich hatte Angst. — Glauben Sie ja nicht, daß es Mitleid war, Lyuba, durchaus nicht...“

„Und ich selbst.“ — Machen Sie das Licht aus, Lyuba.“  
 Er streckte mit verlegenen Lächeln ihr keine Hände entgegen, mit der ungeschickten Freundlichkeit eines Mannes, der noch niemals mit Frauen zu tun hatte. Nun sah er, wie sie ihre Hände, mit fest ineinander verflochtenen Fingern unter ihr Kinn hob und ganz in einen einzigen, in der geschwellten Brust verhaltenen Atemzug sich verwanbelte. Ihre Augen wurden tiefengroß.

„Was haben Sie, Lyuba?“ er trat von ihr zurück. Und mit eifigen Entsetzen, fast leise sprach sie aus, ohne die Finger loszulassen:

„A! du Schuft! Mein Gott — wach ein Schuft bist du doch!“

Verpürrot vor Scham, zurückgestoßen, durch die beleidigt, welche er selbst gekränkt, kampfte er mit dem Fuße auf und schleuderte diesen weit geöffneten Augen mit ihrer uferlosen Angst und ihrem Jammer kurze, grobe Worte entgegen:

„Dirne, Geil halt den Mund!“

Sie aber schüttelte leise das Haupt und wiederholte:

„Mein Gott! Mein Gott! Was bist du doch für ein Schuft!“

„Halt deinen Mund, Schimpfe! Du bist besoffen. Von Sinnen. Du denkst wohl, daß ich deinen ellen Körper brauche. Denkst wohl, daß ich mich für eine solche aufspart habe, wie du bist? Man sollte dich hauen, du Geil!“ — er hob den Arm, um ihr eine Ohrspeige zu verkehren, schlug aber nicht zu.

„Mein Gott! Mein Gott!“

Und solche bedauert man noch! Vertilgen sollte man dieses Geizhals! Dieses Geizhals! Und alle, die mit euch sind, dies ganze Gestudel... Und von mir, wie? Von mir wagt du, so etwas zu denken? Er preßte mit Gewalt ihre Hände zusammen und warf sie auf einen Stuhl.

„Ein Güter! Ja? Bist du ein Güter?“ Lachte sie verächtlich, wie in maßloser Freude.

„Ja, ein Güter! Ein Christ! Mein ganzes Leben lang! Ein Reiner! Und du? Was bist du denn? Du Schimpel! Du elendes Vieh!“

„Ein Güter!“ wiederholte sie in wonnigem Entzücken.

„Ja, ein Güter, übermorgen gehe ich in den Tod — für die Menschen — und du?“

„Ja, ein Güter! Du wirst mit meinen Hengern schlafen! Ruf sie nur her, deine Offiziere! Ich werde dich ihnen vor die Füße werfen! Da! Nehmt euch den Kadaver! Ruf sie nur!“

Lyuba hatte sich langsam erhoben. Und als er, stürmisch erregt, rosig, mit aufgeschlagenen Augen sie ansah — begegnete er einem ebenso stolzen, und noch mehr verächtlichem Blick. Ja, es war etwas wie Mitleid, das da aus den hochmütigen Augen der Dirne hervorleuchtete, die nun wie durch ein Wunder auf die Stufen eines unerschickbaren Altars sich erhoben hatte und dort mit kalter, strenger Ausmerksamkeit etwas Winziges und kläglich Jammerndes an ihren Füßen betrachtete. Und schon lachte sie nicht mehr, keine Erregung merkte man ihr an und unwirklich suchte das Auge die Stufen, auf welchen sie stand — so von oben herab verstand dieses Weib zu blicken.

„Nun? Was hast du?“ fragte er beharrlich, noch immer wütend, aber schon dem Einflusse des ruhig-hochmütigen Blickes erliegend.

Und streng, mit unheimlicher Heberzeugung, hinter der Millionen jermainter Leben, ganze Heere bitterer Tränen und ein flammender, ununterbrochener Aufbruch Empörter Gerechtigkeit sich bargen — fragte sie:

„Welches Recht hast denn du, gut zu sein, während ich — schlecht bin?“

„Was?“ — er begriff nicht mit einem Mal und erschraf plötzlich vor dem Abgrund, der dicht vor seinen Füßen seinen schwarzen Rachen aufgetan hatte.

„Ich habe dich schon lange erwartet.“

„Du hast mich erwartet?“

„Ja. Ich erwartete den „Güter“. Fünf Jahre. — wie leicht noch länger — wartete ich. Sie alle, wie sie so daherkamen, alle sagten sie, daß sie Schufte seien. Sind sie auch. Mein Dichter behauptete als erster, ein Güter zu sein, gekand aber später ein, ebenfalls ein Schuft zu sein. Solche will ich nicht.“

„Was willst du also?“

„Dich brauche ich, Liebling, dich. Ja, genau so...“ Sie betrachtete ihn ruhig und aufmerksam vom Kopf zu Fuß und nickte überzeugt mit ihrem bleichen Gesicht. „Ja. Dank, daß du gekommen bist.“

„Um, dem doch vor nichts bangte, wurde ängstlich zornig.“

„Was willst du denn?“ wiederholte er und trat zurück.

(Fortsetzung folgt.)

den Lehrer Homann aus Gelsenkirchen, bei Haenisch aus  
Lütten. Den Sozialisten Mittel, nicht den So-  
zialisten Homann, machte der arme Konrad zum Regierun-  
gsrat in Arnberg. Mit einer gewissen Fähigkeit folgte dieser  
Lichtgenosse von Varnus-Helphand dem Zuge seiner Seelenver-  
wandtschaft. Und der Lehrer Mensel, der seine verwachsenen  
und grundlosen Artikel vor dem Kriege im „Tag“ bei Scherl,  
bei der Tante Bob, in der „Kommunisten-Zig“ bei Koffe und auch  
nach bei der Sozialdemokrat, „Kommunale Praxis“ los zu  
werden mußte, der noch bis zuletzt die Fahne des preussischen Dienst-  
eides hochhielt, der wurde, wohl auf die Empfehlung des Spieß-  
bürgers Südelum, des armen Konrad Wirklicher Ge-  
heimer Rat! Diese Blume aus dem Kranz jener Sozialisten-  
leiter ist logischer der Kronprinz des „geistigen Thrones“. Er in  
erster Linie dürfte auf dem Gebiete des Volksschulwesens die  
kleinen, windigen Tatsachen schaffen, die der Meister dann nach  
Art seines Lieblingsblattes zu fettgedruckten Ueberschriften aus-  
bläst. So also sieht das unangenehme Erwachen aus, von dem  
das Zentralorgan der Sozialdemokratie im Anschluß an die Deut-  
sche Lehrerverammlung im Jahre 1912 geschrieben hat. Es ist  
eine Schmach und eine Schand!

Und die Sozialistenreifer auf Geheimen und Regierungsrats-  
stellen? Wer sie kennt, die schwankenden Gestalten! Langjährige  
Bremsschläge am Schuttwagen des deutschen Volkes. Gleich Pfaffen  
haben sie bis zum November ihren Scharen von den großen „Ide-  
alen“ der Volksschule gepredigt, eine auch im alten Preußen un-  
gefährliche Beschäftigung. Es ist ihnen nicht eingefallen, nach  
ihren eigenen Worten zu handeln und nun ihrerseits den Mut  
zur Tat zu zeigen, als das von ihnen so gefeierte System zu-  
ammenbrach. Davonlaufen konnten sie schließlich nicht, wie ihr  
erhöchster Herr. Und so gingen denn die hartgesottenen Hurra-  
Idealisten an die Revolutionierung ihrer Gehaltskassa, von Gna-  
den eines republikanischen Herrn Ministers. Reist einigen Aus-  
haltungshütern werden sie die einkünftige Hinterlassenschaft  
bilden, falls Konrad Haenisch umständelhalber einmal den „geistigen  
Thron“ nicht mehr besitzen können sollte. Er teilt die Hälfte der  
aufstrebenden Welt im „Berliner Tageblatt“ vielleicht  
einmal mit, wieviel von seinen sonstigen Vorgesetzten nicht nach-  
träglich neuzeitlich angeführte exprobierte Sünden des alten Sys-  
tems sind, die unter Studt, Holl und von Troitz zu Solz  
ihre materielle Färbung in diversen Nuancen preussischer Wolle  
bereits erlitten haben. Wir aber wollen die Jugend  
des Volkes zu Charakteren erziehen. Im Reiche des  
Herrn Haenisch!

Ein Unterrichtsminister, geht im Handeln nach sozialdemokrati-  
schen Grundfäden, hätte sich an den Teil der Volksschullehrer-  
schaft gewandt, der von jeher zum Volke und gegen das preußi-  
sche System gestanden hat. Haenisch hat als Landtagsabgeordneter  
nicht die Zeit gefunden, sich um die hierfür in Frage kommenden  
Dinge zu kümmern. Es ist nicht zufällig, daß er an diejenigen ge-  
raten ist, über deren Haltung die Arbeiterpreise ständig Beschwerde  
führen mußte. Vorwärtsdrängenden Naturen und Leuten mit  
Grundfäden geht er augenscheinlich gern aus dem Wege. Man muß  
einmal gehört haben, wie gläubig er den Bericht irgend einer Re-  
gierung auch dann nachläßt, wenn authentisches Material von  
anderer Seite ihn als noch besonders verdächtig erscheinen  
läßt. Man muß erlebt haben, wie er Vertretern von Organisa-  
tionen, die ihnen zur Verfügung gestellte Zeit damit todzuschlagen  
suchte, daß er sie geflissentlich von ihren grundtätigen Anliegen  
ablenkte und sich ellenlang über ihre persönlichen Angelegen-  
heiten verbreiten konnte. Er mußte der arme Konrad werden.

August Bebel hat auf einem der letzten Parteitage der  
einigen Partei von den Zeiten des Sozialistengesetzes gesprochen.  
„Genossen“, hat er etwa ausgeführt: „wenn ich daran denke, wie  
ich uns gepöbelt haben von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt und  
haben uns heimatlos gemacht. Wenn es einmal anders läme  
und ich hätte die Macht dazu — Genossen, ich täte es ihnen auch  
an“. So der Alte! In seinem Sinne sollten die Wunden, die  
brutale Entrechtung der Partei geschlagen, uns allen heute heilig  
sein. Jene spießbürgerlichen Eigenen vom „Schlage eines  
Haenisch“ aber lassen sich die einkünftigen Sozialisten mit Be-  
wußtsein als Mitarbeiter heranzüchten und schämen sich nicht, vor  
aller Öffentlichkeit noch stolz mit ihnen zu tun.

Nun hat Konrad Haenisch sein geistiges Deutschland neu  
entdeckt. Die Strenge der Bildungswelt der herrschen-  
den Klassen haben es ihm angetan. Er hat sie lange nicht von  
so nahem vernommen. „Das Alphorn hört ich drüben wohl an-  
klimmen“. Aus diesem Staße ist er her. Da zieht ihn hin.  
Man sollte den Mann gehen lassen.

## Arbeiterferien

Von Franz Küster

Häufiglich fahren tausende menschlicher Drogen ins Ge-  
birge und an die See, um den von Bergnugungen abgepönbten  
Körper zu kräftigen. Solch eine Erholungsreise gehört für diese  
Glücklichen, die im Besitze des nötigen Geldes sind, zu den not-  
wendigsten Lebensbedingungen. Trotz Krieg und Revolution,  
aber richtiger ausgebildet, gerade deshalb, sind nicht nur Mil-  
lionen, sondern Milliarden für das luxuriöse Badeleben aus-  
gegeben worden. Ganz recht und seine Leute begnügen sich aber  
nicht nur mit einem Sommerurlaub, sondern müssen auch noch im  
Winter auf einige Zeit ins Gebirge, um gesunden Winterport  
treiben zu können. Das gehört einfach zum Leben, denn ohne  
Urlaub, verbunden mit kostspieligen Reisen, wäre das Leben  
nicht zu ertragen.

Den fleißigen Arbeitshieren aber in Stadt und Land,  
welche jahraus, jahrein Werte aller Art erzeugen, steht in unserer  
gottgemolten Gesellschaftsordnung nicht das Recht auf Urlaub zu;  
und doch hätten gerade sie Anspruch auf Erholung. Die For-  
derung, für die Lohnarbeiter einen im Jahre mehrwöchigen  
Erholungsurlaub zu ertingen, ist über den Rahmen einer solchen For-  
derung nie hinausgewachsen. Hier und da waren wohl in ein-  
zelnen Betrieben Abmachungen getroffen worden, aber die Zu-  
ständnisse der Unternehmer auf Ferien waren in den meisten  
Fällen für die von der Hand in den Mund lebenden Arbeiter  
kein Erfolg, sondern eine Belastung. Nur wenn der Arbeiter das  
Glück hatte, bei ein- und demselben Unternehmer eine Reihe von  
Jahren tätig zu sein, konnte er den Genuß eines 2-, 3-, 4-wöchigen  
Erholungsurlaubes erlangen. Der Wert dieses Urlaubes wurde  
dadurch vermindert, indem der Arbeiter eine Einbuße an seinem  
Lohn erlitt. In den allermeisten Fällen zahlte der Unternehmer  
nur die Hälfte des Tageslohns für einen Urlaubstag. Aus diesem  
Grunde war der Urlaub alles andere, nur nicht, was der eigen-  
liche Zweck eines Urlaubs sein sollte, eine Zeit, in der sich der  
Arbeiter an Körper und Geist erholen konnte. Jeder Staats-  
oder Kommunalbeamte hat seinen gesetzlich oder vertraglich ge-  
währleisteten Urlaub. Die in dumpfigen Fabriken tätigen Ar-  
beiter und Arbeiterinnen der Industrie, die Wind und Wetter  
ausgesetzten Arbeiter des Bau- und Transportgewerbes sind in  
Bezug auf Ferien schlechter gestellt, als irgendein Schreiber im  
Kommunal- oder Staatsdienst.

Wie gering und unzulänglich die Abmachungen auf  
Urlaub waren, zeigte die im Jahre 1912 vom Vorstand des  
Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete Erhebung.  
In der Metallindustrie gewährten Mai 1908: 186 Betriebe mit  
75591 beschäftigten Arbeitshieren. Von diesen wurden 1907  
nur 13 379 der Ferien teilhaftig. Die übrigen 62 212 Arbeiter

und Arbeiterinnen hatten sich noch nicht das Verdienst auf Urlaub  
erarbeitet. So wie in der Metallindustrie liegen die Dinge in  
den anderen Industrien.

Der sogenannte Burgfrieden während des Krieges mit seinen  
Parolen zum Durchhalten, sowie das famose Hilfsdienstgesetz, leg-  
ten die gesamte Arbeiterschaft lahm. Alles war darauf eingestrichelt,  
für den Militarismus ununterbrochen zu arbeiten, so daß Ferien  
unter der Herrschaft von Gott Mars für die Arbeiterschaft weniger  
denn je in Frage kamen. Der nervenzerüttende Krieg mit all  
seinen traurigen Begleiterscheinungen, wie Unterernährung,  
Krankheiten aller Art, sowie die durch den wirtschaftlichen Zu-  
ammenbruch hervorgerufene Arbeitslosigkeit, hat die Gesundheit  
der arbeitenden Schichten völlig untergraben. Die zunehmende  
Säuglingssterblichkeit und auch der trostlose Zustand der heran-  
wachsenden Jugend sind der beste Maßstab für die rapid zuneh-  
mende Verelendung unseres Volkes. Soll wieder eine gelandete  
Generation heranwachsen, so ist Voraussetzung, daß die jugend-  
lichen Menschen selbst gesund und unter menschenwürdigen Verhält-  
nissen leben. Von unserer herrschenden Klasse haben die Arbeiter  
nichts zu erwarten. Darum müssen sie neben all den wichtigen  
Forderungen des Tages, die auf eine Verbesserung ihrer Lebens-  
lage hinarbeiten, erneut und geschlossen ihr Recht auf Ferien gel-  
tend machen.

In unserem vielgestaltigen Wirtschaftsleben wird durch Ver-  
einbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern diese  
Frage keine einheitliche und für die Arbeiterschaft günstige Re-  
gelung erfahren. Das haben die früheren Abmachungen bewiesen.  
Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß das Reich durch ein  
Gesetz in diese für Millionen von Arbeitern und Arbeiter-  
innen sehr wichtige Lebensfrage entscheidend eingreift. So wie  
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherungen geschaffen wurden,  
so muß es möglich sein, bei Ausschaltung aller für die Arbeit-  
erschaft feindseligen Bestimmungen und Verordnungen auch auf dem  
Gebiete des Urlaubs eine Regelung herbeizuführen. Auf einige  
in einem solchen Gesetzentwurf enthaltenen grundsätzlichen  
Fragen sei hier schon hingewiesen. Jeder Arbeiter, gleichviel  
wie lange er bei einem Unternehmer beschäftigt ist, hat Anspruch  
auf Ferien, wenn eine bestimmte Beitragsleistung (von angenom-  
men 12 Wochen) an die zu schaffende Reichsversicherung entrichtet  
ist. Diese Beiträge müßten zu zwei Dritteln vom Arbeitgeber und  
ein Drittel vom Arbeitnehmer geleistet werden. Bei Arbeits-  
losigkeit muß das Reich den vollen Beitrag aufbringen. Aus  
diesen Versicherungsbeiträgen muß dem Arbeiter während seines  
Urlaubs eine Summe gezahlt werden, welche der Höhe des durch  
Tarif oder sonstigen Abmachungen gewährleisteten Arbeitslohnes  
entspricht. Die Dauer des Urlaubs muß zum mindesten acht Tage  
betragen und wird bei noch festzulegenden Altersgrenzen auf 2-3  
Wochen zu erhöhen sein.

Natürlich werden die Vertreter der bürgerlichen Parteien  
hierzu erklären: in dieser Zeit sind solche Forderungen un-  
durchführbar, dazu fehlen die notwendigen Mittel. Dem-  
gegenüber ist hinzuzufügen auf die ungeheuren Ausgaben von  
jährlich 5 Milliarden Mark für die vollständig überflüssige Reichs-  
wehr nicht anderen unnötigen Summen, wie die Millionenabfin-  
dung an die Hohenzollern usw. Will man wirklich aufbauende  
Arbeit für Deutschland und sein Volk leisten, so kann hier der  
Fehel am wirksamsten angegriffen werden. Nur an Körper und  
Geist gesunde Menschen können vollwertige Arbeit leisten. Die  
Aufgabe der Fraktion der U. S. D. im Reichstage wird es sein,  
dafür einzutreten, daß durch einen demnächst einzureichenden Ge-  
setzentwurf auch die Lohnarbeiterschaft das Recht auf Ferien teil-  
haftig wird.

## Die Angestellten an die Arbeiter aller Länder

Die letzte Reichsvertreterversammlung des Afa-Bundes,  
über deren Verlauf wir bereits einen Teilbericht gebracht  
haben, hat sich u. a. auch mit der Stellungnahme zu den  
Pariser Beschlüssen der Entente-Regierungen befaßt und den  
Standpunkt der sämtlichen freigewerkschaftlichen Angestell-  
tenverbände in der folgenden, einstimmig angenommenen  
Rundgebung zum Ausdruck gebracht:

„Die am 14. Februar 1921 in Berlin tagende Vertreterver-  
sammlung des Afa-Bundes erklärt die vom Ententekapitalismus unter dem  
Deckmantel der Wiedergutmachung an Deutschland gestellten For-  
derungen für unerträglich. Diese von imperialistischer Pro-  
stipulierten Bedingungen müßten die völlige Verelendung  
der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes bewirken.  
Eine weitere Verzerrung der breiten Bevölkerungsschichten Deutsch-  
lands würde aber auch dessen Aufnahmefähigkeit für ausländische  
Produkte vermindern und so die in den anderen Ländern bereits  
bestehende Wirtschaftskrise noch weiter verschärfen; das Arbeits-  
losentum in der ganzen Welt würde eine unheilvolle Steigerung  
erfahren. Die der deutschen Volkswirtschaft zugemuteten Wieder-  
gutmachungssummen könnten, wenn überhaupt, nur durch einen  
noch nie dagewesenen Schuldereport größter Um-  
fanges aufgebracht werden. Dieser sehr lange Arbeitszeit und  
niedrige Löhne in Deutschland voraus und würde zu einer  
Schwarzkonkurrenz Deutschlands führen, die auch die Löhne und  
Arbeitsbedingungen der anderen auf dem Weltmarkt aufstehenden  
Länder auf ein ganz niedriges Niveau herabdrücken müßte. Des-  
halb ist es das gemeinsame Interesse der Arbeit-  
nehmer aller Länder, die Gefahren für  
die Ertragskraften jahrelanglanger Ge-  
werkschaftsarbeit zu verhüten.“

Die tatsächliche Wiedergutmachung der Kriegsschäden könnte  
mit am besten gefördert werden, wenn die französische Regierung  
ihren bisherigen Widerstand gegen eine Beteiligung der deut-  
schen Angestellten und Arbeiter am Wiederaufbau von  
Nordfrankreich endlich aufgeben wollte, um so der Arbeit-  
nehmerschaft Deutschlands Gelegenheit zu geben, unmittelbar am  
Werk der Welterneuerung tätig sein zu können.

Der Afa-Bund erachtet den Vorstand des Internatio-  
nalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, die Ar-  
beiter und Angestellten aller Länder zur Wahrung der internatio-  
nalen Solidarität aufzurufen, um die der arbeitenden Bevöl-  
kerung der ganzen Welt drohenden Gefahren abzuwenden. Der  
Gewaltfrieden von Versailles und seine Auswirkungen können nur  
durch die Macht der vereinigten Arbeitnehmer aller Länder  
überwunden werden.“

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es darauf  
ankommt, dem Proletariat der Ententestaaten Auf-  
klärung über die unheilvollen Wirkungen zu geben, die  
sich aus einer Erfüllung des Pariser Diktats nicht nur für  
die deutsche Arbeiterschaft, sondern für die Arbeiter und An-  
gestellten der ganzen Welt ergeben müßten. Da der Appell  
des Afa-Bundes an den Internationalen Gewerkschaftsbund  
diesen imperialistischen Charakter der Pariser Bedingungen  
mit sehr reichhaltiger Begründung in den Vordergrund  
der Rundgebung stellt, so wird sie wohl ihre Wirkung auf  
die Arbeitnehmerschaft der anderen Länder nicht verfehlen.  
Wie uns weiter berichtet wird, haben in den letzten Tagen  
auch an verschiedenen großen Industrieorten Deutschlands  
stark besuchte, öffentliche Angestelltenversammlungen des  
Afa-Bundes stattgefunden, in denen Entschuldigungen des  
selben Inhalts einstimmige Zustimmung fanden.

## Jugendbewegung

### Politik und Jugend

Als in den ersten Monaten nach dem Novemberumsturz  
das Proletariat immer wieder auf die Straße zog, um seinen  
mächtigen Willen zur Freiheit zu bekunden, da war die  
Jugend der Arbeiterklasse mitten unter der Masse der  
älteren Männer und Frauen. Als von Moskau aus die  
Ideen der dritten Internationale einer Brandfackel gleich  
unter die deutsche Arbeiterschaft geworfen wurde, da hatte  
auch in den Versammlungen der Jugendlichen von den  
Wänden wieder der Ruf: Dritte Internationale  
oder nicht! Oder, wo das gewerkschaftliche Interesse im  
Vordergrund stand: Amsterdam oder Moskau!

Darob gab es mancherlei Kopfschütteln. Bei den Allen  
wie auch bei einem Teil der jungen Arbeiter, in Partei-  
kreisen und noch mehr in der bürgerlichen Welt. „Die Rehr-  
zahl der Demonstranten waren unreife Burshen.“ So stand  
es regelmäßig zu lesen in den gefälschten Berichten der bür-  
gerlichen Presse über die Stragenumzüge des Proletariats.

Es ist wahr: Die Arbeiterjugend ist immer mitten unter  
denen, mit denen sie lebt und kämpft. Sie nimmt  
von früh auf Teil an aller Not ihrer Klasse. Sie  
tritt im Kindesalter schon in das Erwerbsleben. Viele  
Proletarierkinder und -Mädchen tragen durch körperlichen Ver-  
dienst bald zum Unterhalt der Familie bei. Sie sind stolz  
darauf — und mit Recht, denn sie fühlen, daß sie etwas sind.  
Wer aber etwas zu bieten hat, fordert zugleich. Auch das  
mit Recht. Nicht mutig genug kann die Jugend ihre For-  
derungen an das Leben stellen, und nicht stark genug kann  
dieses Verlangen sein, vorausgesetzt, daß es rein bleibt,  
von jugendlichem Geist eingegeben und auf Schön-  
heit gerichtet.

Frühzeitig wirft die Jugend des Proletariats die Bande  
der Autorität ab. Wer etwas leistet, beugt sich nicht  
mehr gern. In jungen Jahren erschließt das Arbeiter-  
kind der Befehlsautorität der Schule und oft auch der  
strengen Zucht des Elternhauses, was es nicht zu hindern  
braucht, mit Liebe und Achtung an den Eltern zu  
hängen und mit Hingabe durch einen Verdienst an der  
Sorge für jüngere Geschwister teilzunehmen. In  
der Praxis aber lernt der junge Arbeiter bald, daß es gilt  
— gemeinsam mit den Alten —, eine unumschließliche Autorität  
zu bekämpfen, deren Mittel die Bastonade, die  
„Bestrafung“ und der bodenlos rückständige Lehrvertrag  
sind. Und wir wünschen nur, daß die Jugend bei den Alten  
immer das Vorbild finden möge, das wir ihr wünschen.

So lebt die Jugend mit ihrer Klasse, so ringt sie mit ihr,  
so nimmt sie auch Anteil an den Fragen der Arbeiterbewe-  
gung und Stellung zu den Parteien, so macht sie Politik.

Wer will sich darob entziehen? Das bürgerliche Schul-  
meisteramt? Dann mag es dafür sorgen, daß die Arbeiter-  
jugend gleich der Jugend der Bourgeoisie bis zum 20. Jahre  
oder länger, mit reichen Mitteln versehen, frei von Sorgen  
lebt und lernt, sich ganz der Entwicklung der eigenen Ver-  
sönlichkeit und der Vorbereitung auf einen Lebensberuf hin-  
gebend. Wie, „wir können nicht alle gleich sein“ und „ein  
Schicht nicht für alle“? Fortschrittliche Sprüche. Aber  
dann schied sich eben auch für die Proletarierjugend nicht,  
was der Bourgeoisjugend gestatten mag: das brave Sit-  
ten- und Handbuchslein im Gefühl der Abhängigkeit und in  
Erwartung des Segens, der von oben kommt, von irgend  
einer Autorität.

Auch die älteren Parteigenossen sind oft unzufrieden mit  
dem politischen Betrieb in den Jugendorganisationen. Die  
Jugend sei nicht reif dafür, wird oft gesagt.

Man soll nicht mit Steinen werfen. Die Jungen  
können hier die Alten beim Wort nehmen und fragen:  
Findet man denn in allen Handlungen und Entschlüssen der  
älteren Klassengenossen stets abgeklärte Reife und tiefe poli-  
tische Einsicht? Sind unter den Mitgliedern der proletari-  
schen Parteien nicht Tausende, die ebenfalls nur ihrem  
proletarischen Instinkt folgen, der sich aus ihrer Klassen-  
lage ergibt? Den aber hat die Jugend auch, vermöge  
ihrer gleichen Klassenlage.

Richtig ist indes, daß zur Reife des politischen  
Urteils mehr gehört als ein irisches Temperament, ein  
guter Wille und ein hoher Glaube — alles Dinge, die  
wir bei unserer Jugend zum Glück finden. Es gehören dazu  
auch ein gewisses Maß von Einsicht in die wirtschaftli-  
chen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, die Kenn-  
nis der Geschichte früherer Menschheitsperioden und  
außerdem eine gewisse Erfahrung in der politi-  
schen Praxis. Die ersten Bedingungen erzielt man  
durch Studien, wie gerade unsere Jugend sie betreibt. Die  
Arbeiterjugend war von jeher eine proletarische Bil-  
dungsbewegung, und sie muß es in Zukunft  
noch viel mehr sein. Hier liegt ihr Hauptauftrag.  
Die letzte Bedingung aber, die Erfahrung, erwirbt man  
nur durch aktives Interesse am Leben, durch impulsive Teil-  
nahme am politischen Geschehen. Die Schwimmkunst erlernt  
man nur, wenn man sich ins Wasser wagt.

Das tut unsere Jugend, und das ist gut. Gewiß — in  
ihren Versammlungen wird manches gesagt und beschlossen  
werden, was eindringlicher Kritik nicht standhalten kann.  
Aber das wird den Wellenlauf nicht in andere Bahnen  
lenken. Und darum: nur nicht so zimperlich, nur keine  
Schulmeistermienen und keine Handschellen für die Jugend-  
bewegung.

Einem guten Rat aber wird die Arbeiterjugend  
immer zugänglich sein. Darum wollen wir gleich das Wort  
nis tun und hier einen anbringen. Man kann alle  
tun. Man kann nach den Sternen greifen, und man kann  
über die Probleme der internationalen Arbeiterbewegung  
mit Leidenschaft streiten. Aber man muß sich vor zweierlei  
hüten. Man soll nicht angelesenes und eingepauk-  
tes, oberflächliches Zeug bedenkenlos  
als Heilmittel weitertragen, sondern  
überlegen und die Beobachtung verarbeiten. Es  
gibt es mit den unvollkommenen Mitteln des ungeschulten  
Denkvermögens eben gehen mag. Man soll nicht glauben,  
sondern zweifeln und suchen und den Mut haben, zu  
sagen, was man wirklich denkt. Kurz: Man soll ein Kopf  
sein! Oft hören wir von den jugendlichen Worten und  
Wendungen, die Schablone geworden sind. Das ist  
peinlich. Und zweitens soll man nicht aburteilen, son-  
dern auch dem anderen das Recht der Meinung zugeben.  
Soll von anderen empfangen und die Ansicht des anderen  
würdigen. Halten wir uns daran, dann geht alles.

Die U. S. D. hat nun auch in Berlin den engeren An-  
schluß an unsere Partei beschlossen. Die Organi-  
sation wird also nun versuchen müssen, mit der Jugend in  
Einvernehmen zu kommen. Wir werden den passenden Weg  
noch suchen müssen, aber wir müssen ihn gemeinsam  
suchen, wie wir ihn ja gemeinsam gehen wollen, Alte und  
Junge. Es wird nichts daran, wenn der eine den Weg  
des anderen bestimms will.



**Erhoffener Einbrecher.** Nachts wurde im Hause Meier-Otto-Strasse 4 ein Mann bei einem Einbruch von einem Kriminalbeamten überfallen. Als der Einbrecher sich sofort auf den Boden stürzte, machte dieser von seiner Schußwaffe Gebrauch und trieb ihn durch einen Schuß tot nieder. Man brachte die Leiche nach dem Schauhause, wo der Mann nach vorgefundenen Papieren als der Arbeiter Gustav Ester aus der Vorzeilstrasse 44 identifiziert wurde.

**Eine Kollektenschwindlerin in Schwestertracht.** Immer wieder versuchen Schwindlerinnen in Schwestertracht die Wohlthätigkeit des Publikums zu mißbrauchen. In einem Lokal im Tiergarten wurde gestern nachmittag eine Kollektenschwindlerin M. Th. durch das Eingreifen des Bureauvorstehers H. vom Polizeiamt Tiergarten entlarvt, als sie für die Kinderhilfe Beiträge einsammelte. Es gelang, sie festzunehmen und der Polizei zuzuführen, nachdem sie einen vergeblichen Fluchtversuch unternommen hatte. Das abgehandelte Geld konnte den Säften zurückgegeben werden. Es muß aufs neue darauf hingewiesen werden, daß Kollektensammler im Besitz eines amtlichen Ausweises sein müssen. Jeder wird gut tun, sich diesen Ausweis vorzeigen zu lassen, ehe er seine Spende gibt.

**Schwere Auto-Unfälle.** Der 64 Jahre alte Kaufmann Hermann Nowak aus Tempelhof wurde gestern, als er kaum seinen Kraftwagen vor dem Hause Bergstrasse 47 verlassen hatte, von einem Straßenbahnwagen des Südties angefahren und daran zur Seite geschleudert, daß er schwere Kopfverletzungen davontrug. Man brachte ihn nach der nächsten Rettungsstelle und dann nach seiner Wohnung. — Die 45 Jahre alte Frau Anna Wandel aus der Huttenstrasse geriet gestern auf dem Herriestienplatz in Halensee unter die Räder eines Kraftwagens und erlitt Verletzungen am Kopfe und an den Ellenbogen. — Am Brandenburger Tor wurde der 37jährige Kaufmann Heinrich Janßen aus der Flottwellstrasse von einem Kraftwagen angefahren. Er kam mit leichten Verletzungen am Kopfe davon.

**Veranbarung eines Güterzuges — Bahnbeamte als Helfershelfer.** In der gestrigen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr bemerkten Beamte der Bahnpolizei, als sie die Strecke zwischen den Bahnhöfen Wilhelmshagen und Rahnsdorf abgingen, daß aus einem fahrenden Güterzuge ein großer Vollen Stoffballen von Bedienten des Zuges auf das freie Feld geworfen wurden. Gleich darauf tauchten aus dem Dunkel des Waldes mehrere Männer auf, die sich auf die Ware stürzten und sie wegzuschleppen versuchten. Als die Beamten dazwischentraten, wurde von den Räubern sofort ein lebhaftes Feuer eröffnet, das die Eisenbahner erwiderten. Schließlich ergrieffen die Wachen unter Zurücklassung eines Teiles der Beute die Flucht. Schußpolizei der Wache Wilhelmshagen, die man herbeiziel, suchten gemeinschaftlich mit den Bahnbeamten das Gelände ab, konnten jedoch die Spur der Täter nicht mehr finden.

**Eklärung.** In Nr. 374 vom 26. November 1919 kritisierten wir, daß von Justizbeamten beim Amtsgericht Berlin-Mitte anlässlich Abmeldungen aus der Landeskirche an einzelne Personen Nummern verfaßt wurden. Die Untersuchung der Angelegenheit hat ergeben, daß wir von unieren Gewährsleuten damals falsch orientiert wurden. Wir nehmen deswegen die Vermutung gegen die Justizbeamten Gebiga und Helmig zurück.

### Arbeiterport

Der Arbeiter-Nachrichtendienst des Reichsverbandes der Arbeitervereine, Kreis 4, veranstaltet am Sonntag, den 22. Februar, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, einen großen Ball mit Musik und Tanz.

Arbeiter-Sport-Revue. Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr, im Propagandapalast, Hofstr. 12, Berlin. Um 10 Uhr, 10 U. C. und 11 Uhr, gegen Berlin und Krimin. — Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, Berlin. Bericht von Jena und Jülich. Arbeiter, Klagenfurt, unterstützt den Arbeiterport.

## Gewerkschaftliches

### Antitrustgesetz in Amerika

Unter der Präsidentschaft des verstorbenen Theodor Roosevelt in den Vereinigten Staaten wurde gegen die Auswüchse der allmächtigen Trusts zu „Held“ gezogen. Aber man frage nur nicht wie? — Das nach dem Senator Sherman benannte Antitrustgesetz wurde dahingehend interpretiert, um die Gewerkschaften den — Trusts gleichzustellen.

Auf Grund dieses Gesetzes wurden unzählige Verbände bei Ausländern wegen des entstandenen Ausfalls an Gewinn von den Unternehmern verklagt und verurteilt. Außerdem wurden viele Wirtschaftskämpfe durch gerichtliche Einzelbefehle, sogenannte „Injunctions“ verboten.

Dieser Kuebel genügt den amerikanischen Ausbeutern nicht mehr und im Senat ist ein Antitrustgesetz eingebracht und einstimmig angenommen worden. Diese Einstimmigkeit zeigt die ganze politische Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter, die ein noch sozialistischeres Parlament ihr eigen nennen. Das Gesetz lehnt vorläufig nur das Transportwesen vor und enthält u. a. folgende Paragraphen:

Wer in der Absicht, im Verkehr mit dem Ausland oder der einzelnen Staaten der Union untereinander die Beförderung von Gütern (commodities) zu verhindern, mündlich, schriftlich oder auf andere Weise versucht, irgendeine Person oder Personen, die bei dem Transport solcher Güter tätig sind, zu überreden, ihre Beschäftigung aufzugeben, oder wer solche Personen dazu anreizt oder sie zu der Niederlegung ihrer Arbeit zu beeinflussen sucht, oder wer dieses Ziel mittels einer Vereinigung oder eines Verbandes zu erstreben trachtet, soll eines Verbrechens schuldig sein und zu einer Geldbuße bis zu 10 000 Dollar oder Gefängnis bis zu zehn Jahren oder beiden Strafen verurteilt werden.

Damit wird die ganze spezifisch amerikanisch trade-unionistische Gewerkschaftspolitik aufs Schärfste verurteilt. Sam Compers,

Präsident der „American Federation of Labour“ kann stolz auf seinen „Erfolg“ sein und es soll nur noch daran erinnert werden, daß dieser Mann logar in Deutschland — vor dem Kriege — von heute sozialistischer Kreise gefeiert wurde. Sein europäischer Ex-Leibjournalist, Hans Fehlinger, tat dazu das Übrige. Hoffentlich wird dieser politische Anschlag die amerikanischen Arbeiter endlich aufrütteln.

### Lohnforderungen der Wach- und Schließangestellten

Am Donnerstag vormittag beschäftigte sich eine Vollversammlung der Wach- und Schließangestellten im großen Saale des Gewerkschaftshauses mit den bevorstehenden Tarifänderungen und den neu zu stellenden Forderungen. Nach Ausführungen des Referenten, Kollegen Leube, wurden nach eingehender Diskussion folgende Forderungen aufgestellt: für Wächter und Wächterinnen 250 Mark, für Oberwächter und Nachwächter 260 Mark und für Kontrollreue und Nachmeister 275 Mark pro Woche. Ueberstunden 6,50 Mark. Jede Woche eine freie Nacht oder Schicht. Des weiteren erklärte sich die Versammlung mit den vom Referenten vorgebrachten Punkten vollständig einverstanden.

erner wurde zur Landtagswahl Stellung genommen. Einmüßig wurde die Meinung vertreten, daß es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin sein müsse, am Wahltag sozialistisch zu wählen, da alle anderen Parteien reaktionär und arbeitserföndlich sind. Bei der Neuwahl der Sektionsleitung soll der Kollege Leube als 1. Sektionsleiter und der Kollege Kohnst als 2. Sektionsleiter in Vorschlag gebracht werden. Mit einem Appell an die Betriebsräte und Vertrauensleute, sofort die nötigen Vorarbeiten zur Durchführung der Lohnbewegung zu treffen, wurde die Versammlung geschlossen.

### Betriebsräteversammlung der Gruppe Holzindustrie

Von der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale waren die Betriebsräte der Holzindustrie am 10. Februar nach dem Gewerkschaftshaus geladen, um die Wahlen zu den einzelnen Körperschaften vorzunehmen. Kollege Hildesheim referierte über Zweck und Aufgaben der Betriebsräte und führte aus, daß nicht die enge, durch Betriebsrätegesetz gezeugene Linie die Wirksamkeit der Betriebsräte bestimmt, sondern weit darüber hinaus erstreckt sich das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte.

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, müssen die Betriebsräte aber auch über die unbedingt notwendige Erkenntnis der sozialistischen Wirtschaft verfügen, damit wir nicht einen zweiten 9. November erleben. Dem gestiegenen Kapital muß ein einiges entschlossenes Proletariat gegenüberstehen, mit dem unvermeidbaren Ziel „Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft in die Bedarfswirtschaft“.

Die Kommunisten, die sozial nicht zurückbleiben hatten, legten neue Richtlinien für die Zentrale der Betriebsräte vor, die aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Genosse Barth politisierte für eine Wahl, zu der alle Parteien berücksichtigt werden sollten. Dieser Vorschlag wurde von den kommunistischen Kollegen brüsk abgewiesen. Bei der Wahl seien die Kommunisten glänzend durch und verstehen den Saal, trotzdem Kollege Baese von der engeren Verwaltung über interne Geschäfte zu berichten hatte. Bei den bevorstehenden Neuwahlen zum Betriebsrat ist strengste Kontrolle zu treffen, damit nur die fähigsten Kollegen die Gesamtinteressen zu vertreten haben.

### Die notleidenden Freizeitmänner

Die Not der Freizeitmänner Grob-Berlins steigt ständig, ohne daß die Arbeitgeber daran gehen, dem abzuhelfen resp. der gesamten Gesellschaft höhere Löhne zuzugestehen durch Aufbesserung der Preise. Kommt es dagegen diese notleidenden Freizeitmänner beschaffen, zeigt uns folgendes Bild aus einer Sitzung des Verbandes der Hotelkellere. Die Tagesordnung einer der letzten Sitzungen hatte sich in der Hauptsache mit einem Antrage zu beschäftigen, welcher ein Abendessen mit Damengesellschaft vorschlag. Die Diskussion war äußerst reg und erreichte den Höhepunkt, als man sich über den Preis durchaus nicht einig werden konnte. Vorschläge zwischen 30 Mark und 50 Mark für ein Gedeck hörte man, und den Vogel schloß Herr Engdardt (Hotel Kollerhof) ab, als er die Erklärung abgab, einem Essen unter 80 Mark das Gedeck nicht beizumischen zu wollen. Abgesehen davon, daß sich diese Herren amüßeren sollen, wie sie es können, muß man gerade hier darauf aufmerksam machen, weil diese selben Herren ständig erklären, nicht höhere Löhne zahlen zu können wie 135 Mark für Herrenkellere und 145 Mark für den Damenskellere. Die Gesellschaft wird sich das entsprechende Antwort erteilen.

Daß eine geschlossene Organisation dem natürlich abhelfen kann, ist ohne weiteres klar, und hoffentlich ziehen alle Berufsangehörigen die Konsequenzen aus den Königsmüllern ihrer Prinzipale.

**Wichtig. Buchbinder!** Die Firma R. Geese (Zah. Max Wald), Ritterstr. 50, ist nach wie vor geistlich. Der Jahaber macht alle erdenklichen Anstrengungen, um aus der für ihn unhaltbaren Situation herauszukommen. Durch Zahlung von 50 M. über Minimum war es ihm möglich, einige Klausurkäufer zu erhalten. Als alle seine bisher gemachten Versicherungen, hat er auch diese nicht gehalten; zwei von den Angefangenen haben infolgedessen den Betrieb wieder verlassen. Kollegen, merkt den Betrieb; halt denen, die für gewerkschaftliche Ordnung, für tarifliche und gesetzliche Rechte kämpfen, nicht in den Rücken! Die Firmen Eduard Jädel, Brunnenstr. 186, sowie S. Jydonat, Lange Str. 79, sind aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten und gleichfalls zu meiden.

Zum Tarifabkommen im Kohlengroßhandel. Auf Verfügun des Reichsarbeitsministeriums ist auf Blatt 2036, lauf. Nr. 5, in Fortsetzung des Blattes 1369 das Abkommen vom 2. November 1920 zwischen dem Verband der Berliner Kohlengroßhändler und dem Zentralverband der Angestellten als Nachtrag zum Tarifvertrag vom 31. Januar 1920 für die kaufmännischen Angestellten

des Kohlengroßhandels für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1920. Auskünfte erteilt der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Strasse 7/10.

**Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks.** Der Streik der Kohlenarbeiter (Ruhiger, Wächter, Portiers usw.) ist durch die nachträgliche Anerkennung des vom Schlichtungsausschuß gefällten Spruches durch den Berliner Kohlengroßhändlerverband beendet worden. Alle Beteiligten werden wieder eingestellt.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Aufseher, Misfahrer usw. aus den Fräseereien und Holzbearbeitungsfabriken: Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, bei Liehr, Raungr. 9, Gruppenversammlung. Stellungnahme zur Tarifänderung.

**Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.** Die Fortsetzung für die am Mittwoch nach langer Geschäftsordnungsdebatte vertagte Jahresversammlung der Buchbinderbranche findet am Montag, den 21. Februar, 5 Uhr, in der Hofbrauerei, Rindfleischstr. 23, statt. Die U. S. P.-Funktionäre sind wieder verpflichtet, für vollständiges Erscheinen der U. S. P.-Angehörigen zu sorgen. Jeder Teilnehmer hat den vom Vertrauensmann unterzeichneten Vertriebsausweis mitzubringen, da ohne diesen kein Stimmrecht. U. S. P.-Stimmzettel werden am Saaleingang ausgegeben. Wenn für restliches Erscheinen unserer Anhänger gelorgt wird und alle Deuten und Berärgerten aufgestellt werden, muß es gelingen, alle von uns benannten Vertreter durchzubringen, um die letzten Gewähr für eine gesunde vorwärtsstrebende revolutionäre Politik innerhalb des Verbandes, nur diese werden eure Interessen in dem von euch gewünschten Sinne vertreten. Bei den jetzt stattfindenden Delegiertenwahlen zur Generalversammlung dürfen nur U. S. P.-Delegierte gewählt werden. Alle Geldleistungen sind an den Kollegen Hugo Petermann, Neudöln, Hermannstr. 181, zu richten, alle Zuschriften an den Aktionsausschuß U. S. P. J. K.: Emil Briemer, Berlin S 30, Dieffenbachstr. 15.

Von den Stuttgarter Metallarbeitern. Am 12. Februar fand in Stuttgart die Generalversammlung der Ortsgruppe der Metallarbeiter statt, bei der es durch die Märsen der Kommunisten förmlich zugeht. Der den Berlinern bekannte Max Müller (K. P. D.) gab dort ein entsprechendes Gastspiel. Während der Debatte spielten angeblich auf der — Tolle gefasste Parolen eine Rolle, und der kommunistische Revolutionsführer tammelte sich auf Kloakengründen. Unserm Genossen Loß wurde es schwer, sich Gehör zu verschaffen, um alle Klartexte gegen den Zentralvorstand zuzuschleusen. Für die eigentliche Arbeit hatten die Kommunisten nichts übrig, und die Versammlung mußte verlegt werden. Ein die Reihen zu schließen und dem kommunistischen methodischen Wahnstern energisch entgegenzutreten, wird nur gebieterischen Notwendigkeit aller Gewerkschafter und Genossen.

### Aus den Organisationen

#### Sonntag, 19. Februar

Arbeiter-Sport-Revue. Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr, im Propagandapalast, Hofstr. 12, Berlin. Um 10 Uhr, 10 U. C. und 11 Uhr, gegen Berlin und Krimin. — Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, Berlin. Bericht von Jena und Jülich. Arbeiter, Klagenfurt, unterstützt den Arbeiterport.

#### Sonntag, 20. Februar

Arbeiter-Sport-Revue. Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr, im Propagandapalast, Hofstr. 12, Berlin. Um 10 Uhr, 10 U. C. und 11 Uhr, gegen Berlin und Krimin. — Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, Berlin. Bericht von Jena und Jülich. Arbeiter, Klagenfurt, unterstützt den Arbeiterport.

#### Montag, 21. Februar

Arbeiter-Sport-Revue. Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr, im Propagandapalast, Hofstr. 12, Berlin. Um 10 Uhr, 10 U. C. und 11 Uhr, gegen Berlin und Krimin. — Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, Berlin. Bericht von Jena und Jülich. Arbeiter, Klagenfurt, unterstützt den Arbeiterport.

### Bereinskalendar

#### Sonntag, 20. Februar

Arbeiter-Sport-Revue. Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr, im Propagandapalast, Hofstr. 12, Berlin. Um 10 Uhr, 10 U. C. und 11 Uhr, gegen Berlin und Krimin. — Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, Berlin. Bericht von Jena und Jülich. Arbeiter, Klagenfurt, unterstützt den Arbeiterport.

#### Montag, 21. Februar

Arbeiter-Sport-Revue. Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr, im Propagandapalast, Hofstr. 12, Berlin. Um 10 Uhr, 10 U. C. und 11 Uhr, gegen Berlin und Krimin. — Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, im Reichsverbandes-Gebäude, Wilhelmstr. 11, Berlin. Bericht von Jena und Jülich. Arbeiter, Klagenfurt, unterstützt den Arbeiterport.

### Soeben erschien

### 11. bis 20. Tausend

## Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengesang

Preis 50 Pfennig

Wiederverkäufer hoher Rabatt

BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“

BERLIN C 2 Breite Str. 8-9

# KVG

# Billige Kleidung

# KVG

iii. Verkaufsstelle:  
**Steglitz**  
Albrechtstr. 85-86  
Geöffnet von 9-6 Uhr.

Damen-Hemden am Madapolan, Nessel . . . . . M. 24.50  
Mädchen-Hemden Gr. 30-35 cm. Je nach Größe. M. 6.15  
Knaben-Hemden Gr. 30-35 cm. Je nach Größe. M. 7.30  
Herren-Hemden halbhohes Trilbygewebe . . . . . Stück M. 22.00

Hemdentuch-Nessel . . . . . Meter M. 12.50 11.75 9.00  
Bedruckte Flanelle . . . . . Meter M. 11.00 8.75 8.90  
Zephrs, Gingham's Breite 80-130 cm . . . . . Meter M. 22.50 13.90  
Panama für Blusen und Hemden, Breite 70 cm . . . . . Meter M. 14.50

Kleider-Verwerkungs-Ges.  
Kommandantenstr. 80-81 am Dönhofsplatz  
Geöffnet von 9-6 Uhr  
ii. Verkaufsstelle:  
Warschauer Str. 33 Ecke der Münster Str.  
Geöffnet von 9-7 Uhr

Konfirmanden-Anzüge u. 320, 290, 265, **255.00**  
Herren-Anzüge u. 175 bis **420**  
Herren-Anzüge mit gestreifter Hose **290.00**  
Getr. Jacketts u. 25, Herrenjacketts **95.00**  
Herren-Winter-Joppen u. 133.50  
Herren-Paletots, elegant u. 380, 320, 220, **175.00**  
Gewaschene Dreihosen . . . . . von M. 4.00  
Gestrickte Herren- u. Damen-Handschuhe u. 4.00  
Herren- u. Knaben-Mützen } von M. 6.25  
u. 1 Paar Ledersohlen von **22.00**  
Herren-Stepphüte . . . . . Stück von M. 22.00

**Herren-Stiefel**  
u. 48.00 65.00 90.00 110.00  
**Damen-Stiefel**  
und Schuhe  
u. 39.00 65.00 90.00 110.00  
Kinderstiefel in allen Größen

Damen-Strümpfe schwarz . . . . . Paar M. 10.00, 7.75 und **6.00**  
Herren-Socken . . . . . Paar M. 14.00, 10.00, 6.00 und **3.00**  
Kinder-Strümpfe Größe 1-3 . . . . . Paar von M. **2.00**  
Damen-Mäntel in vielen Ausführungen . . . . . von M. **48.00**  
Damen-Blusen . . . . . M. 30, 24, 20 und **15.00**  
Damen-Röcke elastisch oder gemustert . . . . . von M. **23.00**  
Mädchen- u. Damen-Kleid. u. **82.00**  
Hemden für Konfirmanden . . . . . von M. **16.00**  
Kleiderstoffe schwarz, blau, braun **28.00** Stück **1.00** M.  
Hosenstoffe Doppelfeins, auch gestreift . . . . . von M. **30.00**

## Ausserordentlich billige Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und -Schuhe